



Willkommen zum 9. Bundesparteitag am 30. Juni/1. Juli in Augsburg



Parteienfinanzierung 13



Diesel-Kampagne 16

Die Gewaltaufrufe der Antifa sind nichts anderes als linker Terrorismus!

Etliche Wochen vor unserem Bundesparteitag am 30. Juni in Augsburg machten Linksextremisten gezielt mit Gewaltaufrufen gegen AfD-Mitglieder und den Bundesparteitag mobil. Neben der unverblühten Aufforderung den Bundesparteitag anzugreifen, gaben die Linksextremisten in einem „Reiseführer für Krawalltouristen“ konkrete Handlungsanweisungen und Tipps zur Begehung von Gewaltstraftaten.

Dass schon lange vor dem Bundesparteitag so detailliert und zielgerichtet Straftaten gegenüber der AfD geplant wurden, zeigt, wie groß das Problem des Linksextremismus in unserem Land mittlerweile ist. Vorfälle wie die Öl- und Teer-Attacke während der AfD-Demonstration in Berlin und die Gewalt gegen Körper und Eigentum, denen viele Mitglieder und Politiker der AfD im Alltag zum Opfer fallen, unterstreichen das.

Diesmal scheint es den Extremisten nicht bloß darum zu gehen, den Parteitag zu blockieren, vielmehr gab die

Antifa konkrete Anleitungen und Tipps zum Abbrennen von Autos, Einschlagen von Scheiben und dem Umgang mit Wurfgeschossen. Zusätzlich wurden private Adressen von Parteifunktionären und AfD-Büros veröffentlicht, mit dem Ziel, diese im Vorfeld ebenfalls zu attackieren.

Das Ausmaß der Gewaltbereitschaft gegenüber der AfD ist erschreckend und unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat unwürdig. Das ist nichts anderes als linker Terrorismus und es wäre angebracht, wenn die Behörden die Antifa als das einstufen, was sie ist: eine Terrororganisation.

Die AfD ist eine Partei der Rechtsstaatlichkeit, die von fast sechs Millionen Menschen gewählt wurde. Wir werden uns linksextremer Aggression nicht beugen und lassen uns von ihr nicht einschüchtern. Wir erwarten, dass alle Straftaten, die in diesem Zusammenhang begangen werden, mit der gebotenen Konsequenz bestraft werden.



Inhalt

- Bundesvorstand..... 3
- Neues Hambacher Fest 8
- Bundespartei 12
- Parteienfinanzierung..... 13
- Bundesfachausschüsse 14
- Diesel-Kampagne 16
- Europa 20
- Bundespolitik 24
- Baden-Württemberg 29
- Bayern 30
- Berlin..... 32
- Brandenburg 33
- Bremen 34
- Hamburg 35
- Hessen..... 36
- Mecklenburg-Vorpommern.... 37
- Niedersachsen 38
- Nordrhein-Westfalen 39
- Rheinland-Pfalz 40
- Saarland..... 41
- Sachsen 42
- Sachsen-Anhalt 43
- Schleswig-Holstein..... 44
- Thüringen..... 45
- Das Letzte 46
- Adressen Landesverbände und Fraktionen..... 46
- Impressum 47

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,



wenn Sie das Gefühl haben, in einer verrückten Welt zu leben, im falschen Film zu sein und sich die Augen reiben, weil das Politchaos in Berlin immer neue Stilblüten treibt, sind Sie nicht allein in diesem Land. Aktuellen Umfragen zufolge liegt die AfD im Juni 2018 annähernd gleichauf mit einer ehemaligen Volkspartei, schickt sich an, im Herbst in Bayern zur zweitstärksten Kraft und in Hessen deutlich zweistellig zu werden und liegt in Sachsen gar bei 24 Prozent. Diese Zahlen zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg!

Die Menschen in unserem Land geben uns ihre Stimme, weil sie sich von uns verstanden fühlen. Weil sie sehen, dass unsere inhaltlichen Forderungen ihren Wünschen und Erwartungen entsprechen. Und weil wir unseren Weg mit aller Konsequenz und gegen alle Anfeindungen unbeirrt weiter gehen.

Wir haben eine klare Position und die lautet: „Zum Wohle des deutschen Volkes“. Dieses Bekenntnis ist der Ursprung unserer Parteigründung. Dieses Ziel ist es, das uns bewegt und die Alternative für Deutschland von den anderen Parteien unterscheidet. Wir fühlen uns verpflichtet, unseren Bürgern in unserem Vaterland zu dienen und das Sprachrohr all derer zu sein, die sich von der herrschenden Politikaste nicht länger gängeln lassen wollen.

Im Gegensatz zu dem, was von vielen Medien immer noch über die AfD veröffentlicht wird, sind wir deutschlandweit die wohl einzige Partei, bei der basisdemokratische Entscheidungen die zentrale Rolle spielen. Dieses

Streiten um die richtige Position, den besseren Ansatz und die zum Ziel-führende-Lösung ist ein Prozess, der mitunter etwas länger dauern kann. Wenn die 600 Delegierten aus allen Landesverbänden auf unserem neunten Bundesparteitag vom 30. Juni bis 1. Juli 2018 in Augsburg unser prall gefülltes Antragsbuch abarbeiten, ist das nur die Spitze des Eisberges. Jenseits der Öffentlichkeit entwickeln hunderte unserer Mitglieder in ihrer Freizeit und ehrenamtlich Lösungsansätze für ein besseres Leben in unserem schönen Heimatland.

Ihnen allen sprechen wir hiermit den Dank unserer gesamten Partei aus. In unserer gemeinsamen Arbeit und im gemeinschaftlichem Streiten sind wir einig und stark. Auf den folgenden Seiten wollen wir darüber auszugswise berichten. Wenn Sie sich fortlaufend über das Wirken der Alternative für Deutschland informieren möchten, gehen Sie auf unsere Internetseite www.afd.kompakt.de oder über www.afd.de auf eine Seite unserer Landesverbände oder Landtagsfraktionen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre Bundessprecher

Prof. Dr. Jörg Meuthen und Dr. Alexander Gauland

Herzlich Willkommen zum 9. Bundesparteitag der AfD

Am 30. Juni und 01. Juli 2018 findet der 9. Bundesparteitag der Alternative für Deutschland in Augsburg statt. Die 600 Delegierten aus 16 Landesverbänden wählen unter anderem Richter und Ersatzrichter zum Bundesschiedsgericht sowie Rechnungsprüfer. Daneben stehen 68 Anträge zur Debatte auf der Tagesordnung, darunter:

- 7 Anträge zur Tagesordnung
- 25 sonstige Anträge
- 7 Sachanträge
- 14 Anträge zur Bundessatzung
- 5 Anträge zur Finanz- und Beitragsordnung
- 10 Anträge zur Schiedsgerichtsordnung
- 4 Anträge zur Wahlordnung
- 4 Anträge zur Geschäftsordnung für Parteitage

Vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch einen Vertreter des Bundesvorstandes
- TOP 2 Wahl des Versammlungsleiters und zweier stellvertretender Versammlungsleiter
- TOP 3 Wahl eines Protokollführers und zweier stellvertretender Protokollführer
- TOP 4 Wahl der Zählkommission, der Mandatsprüfungskommission, der Antragskommission und Beschluss über die Verwendung elektronischer Stimmgeräte
- TOP 5 Beratung über die und Beschlussfassung der Tagesordnung
- TOP 6 Bericht der Mandatsprüfungskommission
- TOP 7 Grußwort des gastgebenden Landesverbandes
- TOP 8 Rede eines Bundessprechers
- TOP 9 Wahl von Richtern und Ersatzrichtern zum Bundesschiedsgericht
- TOP 10 Wahl von Rechnungsprüfern

- TOP 11 Bestätigung der Amtsenthebung des Landesvorstandes Niedersachsen
- TOP 12 Diskussion und evtl. Anerkennung einer parteinahen Stiftung
- TOP 13 Rede eines Spitzenkandidaten aus dem Landesverband Bayern
- TOP 14 Beratung und Beschlussfassung von Satzungsänderungen
- TOP 15 Rede eines Spitzenkandidaten aus dem Landesverband Hessen
- TOP 16 Beratung und Beschlussfassung zur Finanz- und Beitragsordnung
- TOP 17 Beratung und Beschlussfassung zur Schiedsgerichtsordnung
- TOP 18 Beratung und Beschlussfassung zur Wahlordnung
- TOP 19 Beratung und Beschlussfassung zur Geschäftsordnung Parteitage
- TOP 20
 - a. Tätigkeitsbericht des Bundesvorstands für das Jahr 2017 (2.-31. Dezember) und für das erste Halbjahr 2018 gem. § 11 (7) S. 1 BS
 - b. Finanzieller Teil des Tätigkeitsberichts des Bundesvorstands für das Jahr 2017 gem. § 11 (7) S. 2 BS

- TOP 21 Schlusswort und Nationalhymne

Weitere Informationen zum 9. Bundesparteitag der AfD finden Sie auf der AfD-Webseite unter <https://www.afd.de/bpt-augsburg-2018/>

Gemäß der Satzung der Alternative für Deutschland ist die Delegiertenzahl auf 600 begrenzt, wobei jeder AfD-Landesverband so viele Delegierte, entsendet, wie dies seinem Anteil an der Gesamtmitgliederzahl im AfD-Bundesverband entspricht. Damit entsenden die 16 Landesverbände folgende Anzahl an Delegierten:

- Baden-Württemberg (87)
- Bayern (85)
- Berlin (28)
- Brandenburg (25)
- Bremen (3)
- Hamburg (12)
- Hessen (51)
- Mecklenburg-Vorpommern (14)
- Niedersachsen (53)
- Nordrhein-Westfalen (96)
- Rheinland-Pfalz (39)
- Saarland (9)
- Sachsen (39)
- Sachsen-Anhalt (16)
- Schleswig-Holstein (21)
- Thüringen (21)



Für eine bessere „Zukunft Deutschland“



v.l.n.r.: Guido Reil, Georg Pazderski, Steffen Königer, Andreas Kalbitz

Im Vorfeld der Demonstration „Zukunft Deutschland“ informierte der AfD-Bundesvorstand am 23. Mai 2018 in einer Pressekonferenz über die Zielsetzungen der Veranstaltung.

Der stellvertretende AfD-Bundesprecher und Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, **Georg Pazderski**, skizzierte die Entwicklung in Deutschland. Während die Bundesregierung behauptete, den Deutschen gehe es so gut wie nie zuvor, sehe die Realität anders aus: Staatsverschuldung 50.000 Euro pro Kopf, 16 Prozent der Rentner leben unter der Armutsgrenze, tausende Kindergartenplätze fehlen. Die viel gelobte ‚Schwarze Null‘ im Bundeshaushalt werde auf Kosten der deutschen Sparer erkaufte, die wegen der Null-Zins-Politik der EZB eine kalte Enteignung von bisher 500 Milliarden Euro erleiden.

Dazu komme die Zuwanderungspolitik mit realen Kosten in einer Größenordnung von bis zu 60 Milliarden Euro. Diese Milliarden-Ausgaben für 1,6 Millionen Zuwanderer seien schlecht investiert, so Pazderski, weil damit einhundert Mal so vielen Menschen in Afrika geholfen werden könnte. Mit ihrer zur Schau gestellten Hilfsbereitschaft erreiche die Bundesregierung das Gegenteil

dessen, was aus humanitärer Hinsicht an Hilfe geboten sei. Zudem übersteige die Quote von 200.000 Zuwanderern pro Jahr die Belastbarkeit unserer Gesellschaft. **Viele der nach Deutschland kommenden Menschen sind nicht anpassungsfähig an unsere Gesellschafts- und Lebensform oder wollen dies nicht sein. Mit unserer Großdemonstration möchten wir das öffentlichkeitswirksam dokumentieren, was vielen Bürgern unter den Nägeln brennt**“, so Georg Pazderski.

Bundesvorstandsmitglied **Guido Reil** betonte, dass mit der Demonstration „den Leuten, die in diesem Land malochen gehen, eine Stimme gegeben werde.“ Die Bürger hätten Angst vor einer längerfristigen Überfremdung im eigenen Land. Dazu kämen soziale Themen, die von den anderen Parteien totgeschwiegen würden, wie die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und die ungelöste Rentenproblematik. **„Die Mitglieder der AfD spiegeln den Querschnitt der Gesellschaft wider. Wir sind die Volkspartei“**, sagt Guido Reil.

Bundesvorstandsmitglied **Steffen Königer**, der als Bürger der DDR weder systemverliebt noch partei-

konform war, thematisierte, wie die deutschen Medien aktuell mit politisch aktiven Menschen umgehen. „In der DDR wurde ich wegen meiner Überzeugungen bekämpft. Nun bin ich erneut ein Feind der Regierung, nur weil ich mit der Politik und dieser Regierung nicht einer Meinung bin“, so Steffen Königer, der forderte: **„Wir müssen raus aus der Gesinnungsdiktatur und miteinander reden – über Parteigrenzen hinweg.“**

Andreas Kalbitz, Mitglied des AfD-Bundesvorstands und Fraktionsvorsitzender der AfD im Brandenburgischen Landtag, betonte, dass es bei der Demo um mehr als die Flüchtlingspolitik gehe, wie z.B. um die zunehmenden sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft, das ungelöste Problem einer gerechten Rente und die vernachlässigte Familienpolitik. Symptomatisch sei, dass man sich als AfD-Sympathisant vor den Attacken der Anderen in Acht nehmen müsse, aber zugleich behauptet werde, der Gesellschaft drohe von der AfD eine Gefahr: **„Wir sind rechtstreu, die Polizei ist nicht da, die Bürger vor uns zu schützen, sondern uns vor dem Hass der linken anti-AfD Klientel“**, sagte Andreas Kalbitz.

Über 8.000 gingen am 27. Mai



Bei strahlendem Sonnenschein und hochsommerlichen Temperaturen war die AfD-Großdemonstration ein voller Erfolg. Gegen 12 Uhr hatten sich etwa 5.000 Teilnehmer vor dem Berliner Hauptbahnhof unweit von Kanzleramt und Deutschem Reichstag eingefunden.

Nach der Eröffnung durch das Bundesvorstandsmitglied **Steffen Königer** traten **Christoph Berndt** von der Bürgerinitiative „Zukunft Heimat e.v.“, **Marie-Thérèse Kaiser** von der „Merkel muss weg“-Initiative Hamburg und die beiden AfD-Bundesvorstandsmitglieder **Andreas Kalbitz** und **Beatrix von Storch** ans Mikrofon. Nach den Reden ging es mit wehendem Schwarz-Rot-Gold entlang der Spree durch das Regierungsviertel zum Platz des 18. März vor dem Brandenburger Tor.

Auf der Abschlusskundgebung war die Teilnehmerzahl auf über 8.000 angewachsen. Hier bekräftigten die Bundessprecher **Prof. Dr. Jörg Meuthen** und **Dr. Alexander Gauland** und stellvertretenden Bundessprecher **Georg Pazderski** und **Albrecht Glaser** den Willen der AfD, die Fortführung der Politik der offenen Grenzen zu bekämpfen. Zum Wohle Deutschlands und seiner Bürger sei eine radikale Abkehr des politischen Weges notwendig. Und den gebe es nur mit der AfD.

Gegen 15:30 Uhr wurde die Demonstration mit dem Singen der Deutschen Nationalhymne beendet, bevor Bundesvorstandsmitglied und Co-Organisator **Guido Reil** allen Teilnehmern eine gute Heimreise wünschte.

Ein herzlicher Dank geht an die Einsatzkräfte der Berliner Polizei und die Einsatzkräfte anderer Bundesländer, ohne die die Großdemonstration wohl nicht so friedlich abgelaufen wäre.

Die Reden finden Sie live auf afdkompakt.tv.



Dr. Alexander Gauland:

„Ein Deutschland braucht effektive Grenzkontrollen, abgelehnte oder straffällige Asylbewerber müssen mit einer nationalen Kraftanstrengung abgeschoben werden. Mit der Demonstration wollen wir einen Ruck unter den Deutschen auslösen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Wir wollen Deutschland in eine sichere Zukunft zu führen, in der unsere Kinder und Enkel in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können.“

„Ein Deutschland braucht effektive Grenzkontrollen, abgelehnte oder straffällige Asylbewerber müssen mit einer nationalen Kraftanstrengung abgeschoben werden. Mit der Demonstration wollen wir einen Ruck unter den Deutschen auslösen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Wir wollen Deutschland in eine sichere Zukunft zu führen, in der unsere Kinder und Enkel in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können.“



Prof. Dr. Jörg Meuthen:

„Nur in einem zur Festung ausgebauten Europa kann Deutschland eine Zukunft haben. Wir müssen einen gesamt-europäischen Ansatz für eine Sicherung der Grenzen Europas finden. Das gelingt uns nur, wenn wir den Zutritt zu Europa restriktiv an unseren Außengrenzen kontrollieren. Ansonsten zerfallen unsere Gesellschaft und Europa – und die Zukunft Deutschlands.“

„Nur in einem zur Festung ausgebauten Europa kann Deutschland eine Zukunft haben. Wir müssen einen gesamt-europäischen Ansatz für eine Sicherung der Grenzen Europas finden. Das gelingt uns nur, wenn wir den Zutritt zu Europa restriktiv an unseren Außengrenzen kontrollieren. Ansonsten zerfallen unsere Gesellschaft und Europa – und die Zukunft Deutschlands.“



Georg Pazderski:

„Die schwarzrote Regierung unter Frau Merkel verspielt gerade die Zukunft unserer Kinder, Kindeskinde und unseres Landes. Und immer noch schauen zu viele Bürger sehenden Auges zu und sind nicht bereit die Realitäten anzuerkennen. Um Deutschland aufzurütteln, gehen wir auf die Straße.“

„Die schwarzrote Regierung unter Frau Merkel verspielt gerade die Zukunft unserer Kinder, Kindeskinde und unseres Landes. Und immer noch schauen zu viele Bürger sehenden Auges zu und sind nicht bereit die Realitäten anzuerkennen. Um Deutschland aufzurütteln, gehen wir auf die Straße.“

in Berlin auf die Straße



Beatrix von Storch:

„Die Islamisierung umzukehren ist die Schicksalsfrage unserer Nation für die Zukunft. Dazu gehört, unsere Grenzen zu schützen, unsere Freiheit zu verteidigen und die deutsche Leitkultur auf allen Ebenen durchzusetzen.“



Andreas Kalbitz:

„Mit dem Einzug der AfD in alle maßgeblichen deutschen Parlamente nimmt auch die Diskussion um eine echte gesamtgesellschaftliche Solidarität – von Deutschen für Deutsche – wieder Fahrt auf. Die Demonstration in der deutschen Hauptstadt ist auch ein sozialpolitisches Fanal gegen soziale Kälte in unserem Land, ein Zeichen gegen die Gerechtigkeitssimulation der Altparteien und insbesondere der abstürzenden Champagner-Sozialisten der ehemaligen Volkspartei SPD.“



Albrecht Glaser:

„Wenn wir dem Land wieder eine Zukunft geben wollen, müssen wir uns auch öffentlich zeigen. Der Wille des Volkes macht Eindruck bei den Regierenden. Helfen Sie uns dabei, unser radikaldemokratisches Gesicht offen zu zeigen.“



Marie Thérèse Kaiser:

„Mittlerweile hat sich gezeigt, dass viele der Menschen, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, nicht ungefährlich sind.“



Christoph Berndt:

„Die patriotische Bürgerbewegung zeigt den wahren Reichtum unseres Landes. Unsere Heimat geben wir nicht her.“

„Unser schönes, unser einzigartiges Land“

Rede von Prof. Dr. Jörg Meuthen am 5. Mai 2018 auf dem Neuen Hambacher Fest



Warum kommen weit über tausend Menschen an einem Tag wie diesem hierher, um anderen Menschen zu begegnen und sich auszutauschen? ... Hier treffen sich Menschen, denen gemeinsam ist, dass sie ihre Heimat Deutschland in Europa lieben! (...) Menschen, die sehen, was in unserem Land und mit unserem Land geschieht. Und die kaum glauben können, was in unserem Land und in weiten Teilen Europa geschieht. Die es regelrecht gruselt bei der Frage, wohin all das führt, die wissen wollen, ob und wenn ja wie unsere Kinder und Enkel in unserer Heimat in Zukunft werden leben können.

(...) Uns allen ist klar, dass hier in unserer Heimat etwas grundlegend und umfassend schiefläuft. (...) Uns allen ist klar, dass, wenn die Richtung der Politik in Deutschland wie der EU nicht umfassend korrigiert wird, wir von einer gedeihlichen Zukunft für unsere Heimat nicht mehr werden sprechen können. (...) Ich formuliere es aus der Perspektive des mit Staatstheorie hinlänglich vertrauten Finanzwissenschaftlers: Wir erleben ein fortdauerndes fundamentales

Staatsversagen in höchster Vollendung! (...)

Seit Jahren erfüllt der Staat keine seiner Kernaufgaben der Versorgung mit öffentlichen Gütern mehr auch nur noch halbwegs zufriedenstellend. Stattdessen setzt unser Staat seine Ressourcen völlig falsch ein. Ein funktionierender, den Bedürfnissen der Bürger gerecht werdender Staat ist immer ein schlanker, sich auf seine Kernaufgaben besinnender Staat, der die überschaubaren Aufgaben, die wirklich nur öffentlich bereitgestellt werden können, vital, kraftvoll und entschlossen mit effizientem Mitteleinsatz erfüllt. Ein funktionierender Ordnungsstaat ist ein starker, zugleich aber schlanker Staat, der sich auf seine wichtigsten Aufgaben beschränkt. Das sind, (...), die innere und die äußere Sicherheit, die Bereitstellung einer öffentlichen Netz- und Bildungsinfrastruktur, die Schaffung und Durchsetzung eines allgemeinverbindlichen elementaren Regelrahmens, den man als Rechtsordnung bezeichnen kann, sowie eines sozialen Schutzes des Existenzminimums für diejenigen Mitmenschen, die dazu selbst temporär und (...) auch dauerhaft nicht in der Lage sind.

Der Staat, den wir haben, in Jahrzehnten entstanden und in jüngerer Zeit komplett aus dem Ruder laufend, ist hingegen ein fetter, alle möglichen weiteren Aufgaben an sich ziehender, umerziehender, anmaßender und sich eben nicht klug beschränkender Staat. Orientierungslos geworden, seine Prioritäten völlig falsch setzend, die Bürger

gängelnd und drängelnd, in die entlegensten Bereiche ihres Lebens einwirkend, sie nach den Vorstellungen der selbsternannten Eliten umerziehend und bevormundend. Und zugleich darüber nicht mehr fähig, seinen Kernaufgaben auch nur noch ansatzweise gerecht zu werden. **Es ist schlicht nicht wahr, dass dem Staat dazu das Geld fehlt, wie uns die ganzen linken Diskurshegemonen unentwegt weiszumachen versuchen. Sondern der Staat gibt die von seinen Bürgern hart erarbeiteten und ihnen zwangsweise entwundenen Steuergelder für Aufgaben aus, die gar nicht die seinen wären und die der Souverän, das Volk, auch keineswegs bestellt hat.** (...)

Wir sind angesichts der desolaten Lage der Ausstattung unserer Streitkräfte nicht mehr in der Lage, unser Vaterland im (...) Fall eines externen Angriffs angemessen zu verteidigen. Zugleich entsenden wir Teile unserer Armee in Weltgegenden, in denen eine Verteidigungsarmee schlicht nichts zu suchen hat, um dort Dinge zu versuchen und wie in Afghanistan daran zu scheitern, die gar nicht Aufgabe unseres Staates sind (...).

Wir haben inzwischen eine (...) Bildungsinfrastruktur, die unseren Kindern und Jugendlichen (...) alles Mögliche vermittelt, aber keine Bildung mehr. (...) Mit blankem Entsetzen muss ich zur Kenntnis nehmen, wie unsere, auch meine Kinder einem sogenannten Bildungsauftrag ausgesetzt werden, der mit klassischer



Bildung nicht mehr viel gemein hat, mit krasser ideologischer Um-
 erziehung unter dem wohlklingen-
 den Begriff der vermeintlichen
 Vielfalt aber sehr viel. Niemand
 wird mir (...) als sinnhaft einreden
 können, zehnjährige Kinder in der
 fünften Klasse mit Informationen
 über sexuelle Vielfalt in allen mög-
 lichen Spielarten und Ausprägung-
 en zu konfrontieren, wie mir auch
 eines meiner Kinder unlängst da-
 von abgestoßen berichtete. Wäh-
 rend zugleich in allerlei Schulen die
 Unterweisung in (...) Fächern wie
 Musik und Kunst hinten runter-
 fällt, weil man das Stundentableau
 für Genderismus und sonstige
 günstigstenfalls sinnfreie, nach
 meiner persönlichen Überzeugung
 sogar hochgradig schädliche, auf
 die schrittweise Zersetzung von Fa-
 milie und bürgerlicher Gesellschaft
 abzielende Experimente in An-
 spruch nimmt.

**Am krassesten und von immer
 mehr Bürgern offenkundig
 auch deutlich so empfunden
 ist der Kontrollverlust des
 Staates in dem Bereich, in dem
 er vielleicht am wichtigsten
 ist, um den Rechtsstaat als
 Grundlage einer bürgerlichen
 Ordnung zu erhalten: im Sek-
 tor der inneren Sicherheit.**
 Und auch hier liegt ein ideologi-
 sches Gesellschaftsexperiment –
 der dazu natürlich nie befragten
 Gesellschaft – dem staatlichen Ver-
 sagen zugrunde. Man verordnet
 dem deutschen Volk die Ideologie
 des Multikulturalismus, der vor-
 geblich in diesen Zeiten alternativ-
 los ist. Und nur als Randbemer-
 kung und um daran keinerlei
 Zweifel zu lassen: Wenn ich sage,
 „deutsches Volk“, dann gehören
 dazu auch einige Millionen Men-
 schen mit Migrationshintergrund,
 die bestens integriert, die Gesetze

achtend, zur Wertschöpfung bei-
 tragend, seit vielen Jahren mit ih-
 ren Familien als gewordene Deut-
 sche unter uns leben.

**Diese Ideologie des Multikul-
 turalismus, wie es uns die
 ganzen selbsternannten lin-
 ken Eliten verordnen und es
 krude durchsetzen, ist ein Ge-
 sellschaftsexperiment, das
 sich als der ideologische
 Grundirrtum des noch recht
 jungen 21. Jahrhunderts zu er-
 weisen und Verwüstungen an-
 zurichten anschickt, wie es
 das Experiment des Kommun-
 ismus bzw. Sozialismus (...) im
 20. Jahrhundert bereits
 angerichtet hat. Und wie damals
 ist es eine vermeintliche intellektu-
 elle Avantgarde, die die Menschen,
 ohne sie darüber abstimmen zu las-**

Fortsetzung nächste Seite >>

Fortsetzung: „Unser schönes, unser einzigartiges Land“

sen, für ihr Experiment in Haftung nimmt. Dabei sind dann natürlich, wie bei allen umwälzenden Veränderungen, Opfer gleichsam als Kollateralschaden in Kauf zu nehmen, um der größeren, vermeintlich guten Sache willen.

Daran ist, wie schon bei all den tief inhumanen ideologischen Umerziehungs-Ismen des vergangenen Jahrhunderts, letztlich alles falsch. Und die sie mit Verve betreiben, sind nicht etwa intellektuelle Avantgarde, dem gemeinen Volk weit voraus, wie sie sich wähnen, sondern sie sind verbohrt, den Volkswillen nicht achtende, ja ihn gar häufig verachtende Ideologen, die auf diese Weise ihren Weg in die Geschichtsbücher zu finden trachten. Sie fabulieren von einem „global compact on migration“, von der Überwindung von Nationalstaaten als ewig gestrige und geradezu reaktionäre Gebilde. **Sie wollen, wieder einmal, eine neue, eine andere Welt. Diese soll nach ihrem Leitbild bunt, vielfältig und natürlich friedlich sein. Sie folgen einer schönen, aber völlig welt- und der Natur des Menschen fremden „Alle Menschen werden Brüder“-One-World-Utopie. Sie wollen Grenzen nicht nur überwinden, sie wollen sie gleich abschaffen, und damit natürlich auch die Nationen, die Grenzen überhaupt erst ziehen.** Sie agieren auf Ebene der Vereinten Nationen wie der Europäischen Union wie vornehmlich westeuropäischer nationaler Parlamente. Und sie erziehen unsere Jugend in diesem vermeintlich guten Geiste. (...)

Und mich schaudert es bei dem Gedanken, was diese jungen Menschen wohl für eine



Zukunft erleben werden, wenn dieser Ideologie gefolgt wird und wir tatsächlich tun, was dort gefordert wird, nämlich alle Grenzen zu öffnen für jedermann. Und machen wir uns bitte nichts vor, die ganze große Ausrichtung der Politik bewegt sich derzeit genau dahin. (...) Meine Damen und Herren, und an dieser Stelle und an diesem Ort hier und heute auf dem Hambacher Schloß sage ich bewusst: liebe patriotische Freunde im Geiste, wir wollen diese Preisgabe unseres Landes nicht!

Und wir werden uns gegen sie auf jedem demokratischen und rechts-treuen Wege erwehren, bis wir obsiegt haben! Und wir müssen und werden sie gewinnen, denn wir sind die Realisten und Pragmatiker. (...) **Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht, aber ich empfinde es als eine andauernde Beleidigung und zugleich auch eine intellektuelle Zumutung, wenn man mir unterstellt, ich wolle, da ich komplett offene Grenzen und ein Auflösen des Nationalstaates in einem beliebigen Multikultigeilde be-kennend ablehne und entschlossen politisch bekämpfe,**

offenbar eine reinethnisch herkunftsreine deutsche Gesellschaft, ich sei mithin ein engstirniger Nationalist und zugleich natürlich ein Rassist. Das ist mir (...) zuweilen kaum mehr erträglich. Weiß ich in deren Augen etwa nicht, dass wir eine monoethnische Gesellschaft hier schon sehr lange nicht mehr haben und auch mit Gewissheit nie mehr haben werden? Verweigere ich dem meine Akzeptanz und versuche in eine lange vergangene Zeit zurückzukehren? Habe ich nicht ganz selbstverständlich und schon soweit ich zurückdenken kann gute Bekannte und auch Freunde aus vielen verschiedenen Ländern und Herkünften?

Kurzum: Was sollen diese absurden Verunglimpfungen? Ich sage Ihnen, was sie sollen: Sie sollen die politischen Gegner dieser finsternen Ideologen mundtot machen, sie isolieren und zermürben. Was diese Ideologen brauchen, sind Menschen, die sich dem nicht in den Weg stellen, und die nicht oder erst viel zu spät wach werden und verstehen, was geschieht bzw. was dann bereits irreversibel geschehen und Realität geworden ist.

Und diese Realität wird für alle, auch für die, die dafür gekämpft haben, vielleicht für die sogar ganz besonders hart, eine gänzlich andere sein als die naiv ersehnte Multikultiwelt einer toleranzgeprägten, bunten und friedvollen Diversity-Gesellschaft. Wir steuern nun nicht mehr durch Kriege zwischen Nationen, sondern durch furchtbare und nicht minder gewaltsame Auseinandersetzungen im Inneren auf genau jenen „clash of civilisations“ zu, den Samuel Huntington bereits 1993 angekündigt hat. Man muss gar nicht einmal mehr sehr genau hinsehen, um festzustellen, dass genau der längst begonnen hat. Und welche Kultur wird sich hier wohl als die künftige Leitkultur der dann nur noch vorgebliebenen Multikultiwelt durchsetzen? Die friedvollste und vielleicht geistig hochstehendste, oder eher doch die, die am meisten kampfbereit und am entschlossensten ist, sich durchsetzen zu wollen? Das werden wohl eher nicht die dekadenten und zu nicht geringen Teile immer mehr wertbefreiten Spaß- und Freizeitgesellschaften des alten Westens sein, übergewichtig, mit heidnischen Runen tätowiert am Pool abhängig, ohne verbliebene Überzeugungen, für die sie wirklich zu kämpfen bereit wären. **Die Schlafschafe des müden und satten Westens werden sich nicht auf einmal, nein schleichend, aber Schritt für Schritt und immer mehr, wie es Houellebecq in seinem äußerst lesenswerten Werk Soumission (Unterwerfung) beschrieben hat, Verhaltensmustern anpassen müssen, die sie sich heute in ihren Schrebergärten, Bio-Wohlfühlomizilen und Gute-Laune-Ferienclubs noch gar nicht vorstellen können.**

Nicht sie, sondern ihre Kinder und Enkel. Die, die die eigentliche Zeche des Nichtstuns, des Wegschauens, der Zerstreuung und permanenten Ablenkung zahlen müssen, werden nicht einmal die sein, die diesen Fehler heute begehen, sondern deren Kinder und Enkel, die nächsten Generationen, die gar nichts dafür können. Die geben wir preis, indem wir uns lieber mit dem nächsten Urlaubsziel, mit Hybrid-Autos und allerlei sonstigem Öko-Voodoo oder wer weiß, was uns noch umtreibt, befassen.

Natürlich, ich ahne es schon, wird man mir eine solche Rede seitens mancher anwesenden Medienvertreter sogleich als angstgesteuert und islamophob auslegen, ohne dass ich bislang auch nur mit einem einzigen Wort meiner Rede auf die muslimische Religion eingegangen bin. Lassen Sie mich dazu vorsorglich etwas klarstellen. (...) Es geht hier nicht um einen Kampf gegen den Islam. Es geht allein darum, allen Bestrebungen, Europa und unser Deutschland schrittweise zu islamisieren, unsere Entschlossenheit entgegenzusetzen, das ebenso wenig zuzulassen, wie die Türkei eine schleichende Christianisierung akzeptieren würde. **Dies hier ist christlich-abendländische Kultur, die unser Zusammenleben prägt, ganz gleich ob wir religiös leben, denken und fühlen oder nicht. In dieser Kultur sind wir zuhause, und es ist unser gutes Recht, diese Kultur gegen Übernahmeversuche anderer Kulturen zu verteidigen, weil wir den Wunsch haben, dass unsere Nachkommen in dieser unserer Kultur, die wir lieben, die wir Heimat nennen, werden leben können wie**

wir selbst es konnten. Das ist legitim, es ist letztlich einfach nur völlig normal, und es ist ganz gewiss nicht islamophob, rassistisch oder fremdenfeindlich, wie man uns in Permanenz einzureden versucht.

Wenn wir unsere Heimat als das kostbare Gut erhalten wollen, das sie ist, dann brauchen wir nicht die sowieso eher peinlich anmutende Einrichtung eines Heimatministeriums als Annex des Bundesinnenministeriums in Berlin. Sondern dann brauchen wir Bürger wie die hier heute versammelten. Menschen, die wissen, dass Freiheit nichts Selbstverständliches ist, sondern eine Kostbarkeit, die in Permanenz aufmerksam und wehrhaft verteidigt werden muss gegen ihre nicht wenigen und nicht ungeschickten Feinde.

Menschen, denen bewusst ist, was unsere Kultur prägt und wie fragil und zugleich bewahrenswert diese Errungenschaften sind. Menschen, die weltoffen sind, die aber ihre Heimat ganz besonders lieben und sie nicht einer willkürlichen Beliebigkeit preiszugeben bereit sind. Kurz, Menschen wie Sie und ich, die die Bedrohungen all dessen erkennen und sich mutig dafür einzusetzen bereit sind, unseren Kindern und Enkeln ein Deutschland und ein Europa zu übergeben, das noch so frei und lebenswert ist wie das, was wir selbst als Kinder geschenkt bekommen haben und in dem wir das Glück hatten und noch immer haben, leben zu dürfen. Lassen Sie uns das gemeinsam von diesem wundervollen Ort mitnehmen und hinaustragen überall in unser schönes, unser einziges Land.

Die Rede von Jörg Meuthen finden Sie live auf afdkompakt.tv

Die Wirtschaft muss wieder den Menschen dienen

Seit die AfD im Bundestag und 14 Landesparlamenten vertreten ist, eröffnet sich die Möglichkeit, mit eigenen Gesetzesinitiativen eine bürgernahe Politik voranzutreiben. Dabei spielt die Sozialpolitik eine entscheidende Rolle. Wir haben hierzu **Andreas Kalbitz** über den Stand der Diskussion in der AfD befragt.

AfD-Kompakt: Herr Kalbitz, Sie haben bereits in der Vergangenheit für die Stärkung des sozialen Profils der AfD geworben. Warum?

AK: Im Laufe der Jahrzehnte haben die Altparteien schleichend die ursprüngliche Intention des Sozialstaats, nämlich die Absicherung der Bürger für den Bedarfsfall, ad absurdum geführt. Um Wiederwahlen zu erkaufen, musste der Sozialstaat dem heutigen Verteilungsstaat weichen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Verteilung von unten nach oben, wie Vertreter der linken Parteien gerne behaupten, sondern auch von innen nach außen.

Während eindeutig Hilfsbedürftige, wie Kranke, Alte, Alleinerziehende, Rentner und kinderreiche deutsche Familien nicht die notwendige Unterstützung erhalten, werden wahl- und planlos Milliardenbeträge für die Invasion kulturfremder Migranten verausgabt. „Verkauft“ wird uns das als vermeintlich



humanitäre Wohltat. Während Normalverdiener Spitzensteuersätze leisten, die kalte Progression unüberwindbar erscheint, werden Steuermilliarden nach Brüssel transferiert oder marode Zocker-Banken „gerettet“.

AfD-Kompakt: Welche politischen Erfordernisse ergeben sich daraus für die AfD?

AK: Die AfD muss sich ein klares soziales Profil geben. Das Argument der „jungen Partei“ zieht als größte deutsche Oppositionspartei und neue Volkspartei nicht mehr, wenn es um Programm- und Konzeptlücken geht. Mit der Schärfung unseres sozialpolitischen Profils stehen wir in einer langen deutschen Tradition. Bereits 1883 führten die Preußen unter Bismarck die weltweit erste gesetzliche Krankenversicherung für Arbeiter ein. Eine der zahlreichen Errungenschaften unseres Volkes, auf die wir mit Recht stolz sind.

AfD-Kompakt: Welche Rolle spielt dabei die Debatte zum Thema Rente?

AK: Die Diskussion über ein Rentenkonzept hat jetzt mit verschiedenen Debattenbeiträgen Fahrt aufgenommen. Für die anstehenden Landtagswahlen in Bremen, Sachsen, Thüringen und Brandenburg 2019 müssen, unbenommen sachpolitischer Feinabstimmung durch die zuständigen Gremien, vermittelbare Eckpfeiler gesetzt werden. Auch deshalb unterstütze ich den Antrag zum Bundesparteitag, dass wir im kommenden Jahr einen Parteitag zum Thema Sozialpolitik durchführen.

AfD-Kompakt: Sozialpolitik ist ein großes Feld. Welche Punkte sind Ihnen besonders wichtig?

AK: Im Kontext dazu muss auch das Thema Wirtschaftspolitik akzentuiert werden. Stärkung des Mittelstandes, der Klein- und Kleinstunternehmen, die in unserem Land immer noch mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze sichern. Der Mittelstand erodiert, das Rückgrat unseres bereits sinkenden Wohlstandes droht zu brechen.

AfD-Kompakt: Es geht also nicht nur um tagespolitische „Fehlerkorrektur“?

AK: Es geht um einen Paradigmenwechsel, dass die Wirtschaft wieder den Menschen dient, und nicht die Menschen der Wirtschaft.

In Deutschland hat sich das Wirtschaftswachstum vom Wohlstandswachstum längst entkoppelt. Auch hier geht es um das Thema Leistungsgerechtigkeit. Arbeit muss sich wieder lohnen, ob im Arbeitsleben oder im Alter.

Es kann uns nicht um simple Umverteilung gehen. Das unterscheidet uns von den Wahnfantasien linker Gleichmacherei, die Konrad Adenauer auf den Punkt brachte, indem er sagte: „Das Einzige, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist, das zu verteilen, was Andere verdient haben.“

Es bedarf einer Grundsatzdiskussion, nicht um kleine Reförmchen. Ohne jedweden Vorgriff auf Sachhalte und das Verfahren steht - nicht nur mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Bremen, Sachsen, Thüringen und Brandenburg - für mich fest: Wir brauchen Ergebnisse – und zwar 2019.

AfD-Kompakt: Vielen Dank für das Gespräch.

Klares NEIN zur erhöhten Parteienfinanzierung

Zum eilig durchgewunkenen Gesetz von SPD und Union zur Erhöhung der Parteienfinanzierung teilt der stellvertretende Bundessprecher und AfD-Bundestagsabgeordnete **Albrecht Glaser** mit: „Das handstreichartige Vorgehen von Union und SPD, die Parteienfinanzierung auf einen Schlag um jährlich 25 Millionen Euro auf 190 Millionen Euro zu erhöhen, zeigt die problematische Verflechtung der Altparteien mit dem Staat. Die AfD-Fraktion lehnt eine Ausweitung der Parteienfinanzierung jenseits eines Kaufkraftausgleichs ab.

Entlarvend sind die hilflosen Versuche der SPD, davon abzulenken, dass mit diesem Griff in die Steuerkasse das Loch in der Parteikasse gestopft werden soll, welches das SPD-Wahl-desaster gerissen hat. Finanzminister Olaf Scholz warnt allen Ernstes davor, dass ohne zusätzliches Geld für die Parteien die Gefahr drohe, dass künftig ‚nur noch Multimillionäre in die Politik gehen‘. SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan behauptet, das Geld sei nötig, um die Parteien im Internet zu stärken und die Demokratie zu digitalisieren. Völliger Unsinn: Die



AfD zeigt, wie eine Partei auch ohne zusätzliche Millionen im Internet erfolgreich sein kann. Wichtiger als noch mehr Geld für die aufgeblähten Parteiapparate der Altparteien sind die unbezahlbare Begeisterung und das Engagement der eigenen Mitglieder und Unterstützer.“

Selbstbedienungsmentalität der Altparteien



Für **Joachim Kuhs** vom AfD-Bundestagsvorstand zeigt sich im Parteienfinanzierungsgesetz die Selbstbedienungsmentalität der Altparteien: „Laut dem Gesetzentwurf ist der Anspruch der Parteien höher als das, was derzeit als absolute Obergrenze

ausgezahlt wird. Diese Obergrenze kam nur zu Stande, weil die Altparteien 2015 der AfD den Geldhahn zudrehen wollten. Ganz nebenbei erhöhten die Parteien ihre Anspruchsbeträge massiv. Für die ersten vier Millionen Wählerstimmen von 85 Cent auf 1 Euro, für die Stimmen darüber von 70 auf 83 Cent, für die Zulagen für Spenden und Mitgliedsbeiträge von 38 Cent auf 45 Cent.“

„Da SPD und CDU die Wähler weglaufen, suchen beide nach zusätzli-

chen Einnahmequellen. Man will mit dem vorgeschobenen Grund, man müsse in neue Technik investieren, um die Willensbildung der Bürger zu stärken, das Parteienfinanzierungsgesetz ändern. Das verwundert doch sehr, da es die Alternative für Deutschland mit dem kleinsten Etat aller Parteien und ohne Steuersubventionierung in der Anfangszeit schaffte, die Bürger in nur fünf Jahren über die Positionen der AfD aufzuklären. So stark, dass die AfD nun im Bundestag und fast allen Länderparlamenten sitzt.“

Staatsplünderung im Schnellverfahren

„Wenn’s um die Plünderung des Staates geht, herrscht traute Einigkeit bei CDU und SPD“, kommentiert **Werner Meier**, Leiter des BFA 9 ‚Demokratie, Grundwerte und Europa‘: „Seit Erfindung der Parteienfinanzierung 1959 haben sich die Altparteien ihre Staatsfinanzierung aufgestockt. Mit einer Steigerung von 1.763 Prozent seit 1962 ignoriert das Kartell der Staatsplünderer alle Ermahnungen des Bundesverfassungsgerichts.“

„Der Erfindungsreichtum zu eigenen Gunsten ist grenzenlos. Erst 2015 hat-

te die GroKo eine automatische Erhöhung der Staatsgelder an Parteien beschlossen. Das war wohl nicht genug angesichts leerer Kassen der SPD.“

2003 hatten sich die Parteien als neue Geldquelle die „politische Partei auf europäischer Ebene“ erschlossen. „**Europaparteien**“ sind keine Partei nach deutschem Recht. Deren Finanzierung aus Staatsmitteln verstößt gegen Europarecht und die im deutschen Recht verankerten Finanzierungseinschränkungen. Dessen ungeachtet hat das EU-Parlament 2016 die

Mittel auf 20,8 Millionen Euro erhöht.

Als Krönung gibt es noch die **Stiftungen auf europäischer Ebene**. Die Stiftung der Europäischen Volkspartei (u.a. CDU/CSU) erhält 4,9 Millionen Euro der 2016 ausbezahlten 16 Millionen Euro.

„Die AfD fordert die Rückführung der Parteienfinanzierung und die Einstellung der Parteienfinanzierung auf europäischer Ebene“, sagt Werner Meier.

Empfehlungen des BFA 3 für Europa-Wahlprogramm

Nachdem zwischenzeitlich durch die turnusmäßig erforderlich gewordenen Wahlen in den Landesfachausschüssen die Delegierten für den BFA 3 von allen Bundesländern benannt waren, wurden die bisher erarbeiteten Beiträge für das Europa-Wahlprogramm auf der Präsenzsitzung am 17.06.2018 in Frankfurt abschließend diskutiert. Die Ergebnisse sollen Gegenstand einer Mitgliederbefragung werden.

Innerhalb des BFA 3 wird eine Besteuerungskompetenz zu Gunsten der EU durchgängig abgelehnt und selbst die Mehrwertsteuerharmonisierungsabkommen, die ja nicht unter dem Oberbegriff Steuerkompetenz, sondern Marktharmonisierung stehen, werden sehr kritisch gesehen.

Bei den Wirtschaftsthemen stehen die bürokratischen EU-Verordnungen,

und die Datenschutzgrundverordnung mit ihren hindernden Auswirkungen für mittelständische Unternehmen, im Vordergrund der Diskussion.

Jenseits des Europa-Wahlprogrammes wird sich der BFA 3 verstärkt in die Diskussion um die Frage der Altersvorsorge und der Rentenfinanzierung einbringen. Bereits seit dem Grundsatzprogramm vertritt der BFA die Auffassung, dass eine große Steuer- und Sozialreform erforderlich ist. Schon heute wird beispielsweise die Rente in einer Größenordnung von mehr als 70 Milliarden Euro aus Steuermitteln quersubventioniert, so dass bereits dieser Umstand eine Abstimmung zwischen den Bereichen Steuer- und Sozialpolitik erzwingt.

Der BFA 3 wird deshalb nach Abschluss der Arbeiten am Europa-

Wahlprogramm eine ausschussübergreifende Diskussion mit dem BFA 11 führen. Ziel sollte es auch sein, einen Steuer- und Sozialkongress abzuhalten, auf dem eine endabgestimmte Grundpositionierung entwickelt wird.

Gerade die Frage der gerechten Altersvorsorge oder des Krankenversicherungssystems animieren immer wieder einzelne AfD-Mitglieder, an den Fachausschüssen vorbei Konzepte in Vorlage zu bringen, die nicht in der AfD-programmatisch erforderlichen Kompetenz der Fachausschüsse entwickelt wurden. Nichtsdestotrotz belegen diese Vorschläge die inhaltliche Kompetenz unserer Partei, die verschiedenen politischen Sichtweisen und bereichern damit auch die Diskussion innerhalb der Fachausschüsse.

Dr. Joachim Keiler, Leiter BFA 3

BFA 4 mit ‚Demografiekongress‘ im Oktober 2018

Die demografische Katastrophe ist das mit Abstand größte Problem, dem unser Volk gegenübersteht. Wenn es uns nicht gelingt, die Geburtenrate wieder auf ein auskömmliches Niveau zu steigern, droht unser Volk, unsere Sprache und unsere Kultur in 100 bis 200 Jahren weitestgehend zu verschwinden. Die Entwicklung in diese Richtung hat bereits eingesetzt und führt zu der bekannten Gewalt und den Repressalien gegen unser Volk, vor allem dort, wo Deutsche bereits in der Minderheit sind.

Der AfD-Bundesfachausschuss ‚Familie und Demografie‘ (BFA 4) sieht sich in der Pflicht, ein Gesamtkonzept auszuarbeiten, wie die demografische Katastrophe abgewendet werden kann. Sollte die AfD in den nächsten Jahren eine Regierungseteiligung in einem Bundesland erreichen, ist dieses Konzept erforderlich,

um die notwendigen Schritte ohne Verzögerung einleiten zu können.

Als Auftakt für diese konzeptionelle Arbeit organisiert der BFA 4 einen Demografiekongress, der im Oktober 2018 stattfinden soll. Der Kongress richtet sich nicht nur an die Familienpolitiker in allen Fraktionen und den Landesfachausschüssen der AfD, sondern steht auch interessierten Mitgliedern und Bürgern offen.

Der erste Kongress dieser Art legt den Schwerpunkt auf die Bestandsaufnahme und die vorhandenen Lösungen, die in unterschiedlichen Ländern erarbeitet wurden. Ausgehend davon soll in den nächsten drei Jahren ein umfassendes Gesamtkonzept aus mehreren aufeinander abgestimmten Maßnahmenpaketen zur aktivierenden Familienpolitik entwickelt werden.

Familien- und Demografiepolitik lassen sich nicht trennen: Voraussetzung für eine erfolgreiche, demografische Wende ist die Wiederherstellung intakter Familien, was auch dem familienpolitischen Leitbild der AfD entspricht. Wir dürfen uns dabei nicht der Realität verschließen, in der es alleinerziehende Eltern und Patchwork-Familien gibt, die unterstützt werden müssen. Dass wir dabei unsinnige Fehlentwicklungen und Irrwege wieder verlassen, wie z.B. das Gender Mainstreaming, versteht sich für die Partei des gesunden Menschenverstandes von selbst.

Wer die Familienpolitik der Zukunft mitgestalten will, ist herzlich eingeladen, am Kongress teilzunehmen oder beim Landesfachausschuss mitzuarbeiten.

Sebastian Maack, Leiter BFA 4

BFA 11 streitet in bester, demokratischer Tradition

In der AfD findet aktuell eine zunehmende Diskussion zum Thema ‚Rente‘ statt. Wir haben mit dem Vorsitzenden des AfD-Bundesfachausschusses für Arbeit, Rente & Soziales (BFA 11) **Uwe Witt** MdB gesprochen.

AfD Kompakt: *Uwe Witt, Sie haben kürzlich ein Konzept für die Erneuerung und Sicherung der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland vorgelegt. Wie kommt es dazu?*

UW: Sie sehen derzeit eine zunehmende Anzahl von Meinungsäußerungen und Ansätze einzelner Politiker der AfD zum Thema Rente. Ich wollte den zuständigen Gremien der AfD für die Programmentwicklung eigene Anregungen geben. In meiner Funktion als Leiter des BFA 11 bin ich vor allem Moderator und muss die Arbeit der BFA-Mitglieder koordinieren und die Diskussionen moderieren. Dazu bedarf es einer gewissen Zurückhaltung mit meiner eigenen Meinung. Trotzdem habe ich natürlich auch eine eigene Meinung, die ich mit einem Konzeptvorschlag einbringe.

AfD-Kompakt: *Wie muss man sich den Entscheidungsprozess in einem BFA eigentlich vorstellen?*

UW: Erstaunlich finde ich, dass immer wieder zu hören ist, in der AfD würde über Konzepte „gestritten“. Eigentlich ist das genaue Gegenteil der Fall. Wir arbeiten in den dafür zuständigen Gremien von unten nach oben. Die Landesfachausschüsse (LFA) in den einzelnen Bundesländern bilden die Basis. Die LFA entsenden ihre Vertreter in die Bundesfachausschüsse (BFA), danach erfolgt eine Zusammenfassung in der Bundesprogrammkommission (BPK). Dann werden die Programmentwürfe einem Bundesprogramm-Partei-

tag und damit den Mitgliedern vorgelegt und dort wird demokratisch entschieden, was in unser Bundesprogramm aufgenommen wird.

Diese für uns selbstverständliche und notwendige Programmdiskussion wird immer wieder als „Konflikt“ dargestellt, dabei gehört es zur obersten Pflicht bei der politischen Mitwirkung von Parteien, Programme per demokratischer Mehrheitsfindung zu entwickeln und dafür bei den Wählern auch um Mehrheiten zu werben.

Diese von-unten-nach-oben-Arbeit scheint in den „Kartellparteien“ kaum noch stattzufinden. Soweit mir das bekannt ist, findet da die Programmarbeit wohl eher im kleinen Kreis in den Bundeszentralen oder parteinahen Stiftungen statt. Bundesparteitage dürfen das Ganze danach in Rekordzeit abnicken. Außerdem sind viele Parteiprogramme zum Teil zehn Jahre alt.

Gerade zum Thema Rente haben CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne, die seit Jahren in wechselnder Regierungsverantwortung waren, seit 30 Jahren nichts Entscheidendes hervorgebracht. Aber von uns – der AfD – erwartet man innerhalb von vier Jahren ein fertiges und revolutionäres Rentenkonzept?

AfD-Kompakt: *Wann rechnen Sie damit, dass ein Rentenkonzept vom BFA 11 vorliegt?*

UW: Zurzeit liegen unterschiedliche Ansätze zum Thema Rente in der AfD vor. Wir arbeiten daran, einen mehrheitsfähigen Kompromiss und alternative Minderheitsvorschläge auf einem Bundesparteitag vorzulegen. Da liegt noch ein Stück Arbeit vor uns.

AfD-Kompakt: *Gibt es ein Zeitfenster aus Ihrer Sicht?*

UW: Wie überall, arbeiten wir ehrenamtlich für die Landes- und Bundes-Fachkommissionen. Die Programmarbeit an der Basis braucht Zeit. Außerdem stehen zusätzliche Arbeiten an. Wir brauchen auch für die Europawahl ein Wahlprogramm mit Inhalten zu den Themen Arbeit, Rente und Soziales - und das macht sich nicht von allein.

Sie sehen an den Bestrebungen der Europhilen in der EU, eine europäische Arbeitslosenversicherung zu installieren. Vor diesem Hintergrund wäre es wünschenswert, wenn wir möglichst schnell zu einer Beschlussfassung kommen mit dem Ziel, unsere nationalen Errungenschaften in der Arbeits- und Sozialpolitik auch für die Zukunft zu sichern.

AfD-Kompakt: *Gibt es in Bezug auf die Arbeitspolitik konkrete Vorstellungen?*

UW: Ziel ist es, ein sozial gerechtes System wiederherzustellen im Sinne der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard. Dabei haben wir die großen Projekte Arbeitslosenversicherung und Reform von Hartz-IV vor Augen.

Diese Themen können allerdings nicht von heute auf morgen entschieden werden. Ich appelliere an jeden, sich zeitmäßig nicht unter Druck setzen zu lassen. Die Regierungsparteien haben jahrzehntelang versäumt, die wichtigen grundsätzlichen Diskussionen zu führen und echte Alternativen zu erarbeiten. In deren Programme finden wir häufig Worthülsen, die zwar schön klingen, unsere Gesellschaft aber nicht weiterbringen. Genau das wollen wir verhindern und deshalb „streiten“ wir in bester, demokratischer Tradition um das Beste für unser Land und unsere Bürger.

AfD-Kompakt: *Vielen Dank für das Gespräch.*

„Freie Fahrt für freie Bürger“ – Diesel-Resolution ist ein Thema auf dem Bundesparteitag

Die AfD macht gegen die skandalöse Gängelung der Fahrer und Besitzer von Dieselmotorkraftfahrzeugen mobil. Im Mai/Juni liefen die ersten Protestaktionen in Städten, die von den unsinnigen Fahrverboten betroffen sind. Als einzige stemmen sich die AfD-Landtagsfraktionen und die AfD-Bundestagsfraktion gegen diese willkürliche Form der Bevormundung der Bürger, die auf widersinnigen EU-Normen basiert und von den Berliner Regierungsparteien schul-

terzuckend zur Kenntnis genommen wird. Die AfD sagt JA zum Diesel!

Aus aktuellem Anlass soll der AfD-Bundesparteitag auch über den Antrag zum Diesel (TO-SO 1) befinden, der von der AfD-Bundestags- und den AfD-Landtagsfraktionen erarbeitet wurde.

Fahrverbote – nicht mit der AfD!“ entwickelt.

Im Namen der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der AfD bitten wir den Bundesparteitag, unseren Antrag zu unterstützen, diese Resolution auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen und sich der Resolution anzuschließen, um gemeinsam ein starkes Zeichen für den Schutz der deutschen Verbraucher und Arbeitnehmer und der deutschen Autoindustrie zu senden.

TO-SO 1

Der Bundesparteitag wird gebeten, sich der folgenden Resolution der AfD-Bundestagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktionen anzuschließen:

Resolution der AfD und der AfD-Fraktionen im Deutschen Bundestag und den Landtagen:

Unsinnige Fahrverbote – nicht mit der AfD!

AfD für Privateigentum, Individualverkehr und Wissenschaftlichkeit

Die vor allem von linker und grüner Seite vorangetriebene Demontage der deutschen Autoindustrie und kalte Enteignung der Dieselfahrer sehen die AfD-Fraktionen in Bund und Ländern mit großer Sorge. Unsere Fraktionen werden stets für Privateigentum, bezahlbaren Individualverkehr und Wissenschaftlichkeit eintreten. Der Umweltschutz gehört als ein weiteres Kriterium dazu. Politische Maßnahmen sollten sich immer dem Kriterium der Verhältnismäßigkeit unterziehen. Die ideologische Bevorzugung eines Verkehrsträgers zu Lasten anderer lehnen wir daher kategorisch ab.

Quellen der Emissionen und Anteil des Verkehrs hinterfragen

Jedem aufmerksamen Beobachter der Debatte dürfte rasch auffallen, wie unhaltbar bereits die Begründung der Fahrverbote ausfällt. Nachdem sich mittlerweile herumgesprochen hat, dass Feinstäube primär durch natürliche Ursachen und Brems- und Reifenabrieb entstehen, ist klar, dass ein elektrisch angetriebenes Fahrzeug hier keinen signifikanten Mehrwert haben kann. Diesel-Pkw können in Fahrzyklen bereits heute weniger Energie verbrauchen als vergleichbare elektrisch angetriebene Fahrzeuge. In Verbindung mit dem deutschen Strommix erzeugen elektrisch angetriebene Fahrzeuge damit mehr CO₂ als Diesel-Fahrzeuge. Eine Benachteiligung von Diesel-Fahrzeugen gegenüber Elektrofahrzeugen, oder gegenüber weniger effizienten Fahrzeugen mit Otto-Motoren, wäre sogar widersprüchlich im Hinblick auf die von allen anderen Parteien außer der AfD proklamierte Erreichung der Klimaziele. Auch beim Stickstoffdioxid werden von Umwelt-Organisationen wie der politisch fragwürdigen DUH, falsche Tatsachen verbreitet. Denn hohe Stickstoffdioxid-Werte in der Außenluft entstehen gemäß wissenschaftlicher Studien des Fraunhofer-Instituts in Dresden auf Grund von meteorologischen bzw. luftchemischen Einflussfaktoren und nicht durch Diesel-Fahrzeuge. Fahrverbote, Umweltzonen und sonstige massive Einschränkungen in der persönlichen Mobilität sind daher wirkungslos.

Überprüfung der Grenzwerte

Für die derzeit geltenden NO₂-Jahresmittelwerte von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter gibt es weder toxikologische noch andere wissenschaftliche Gründe. Die Sachverständigenkommission zur gesundheitlichen Wirkung von Diesel-Abgasen des 5. Untersuchungsausschusses kam vor wenigen Monaten einhellig zu dem Schluss, dass es nicht möglich ist, Gesundheitsbeeinträchtigungen durch NO₂ in Konzentrationen bis 900 Mikrogramm pro Kubikmeter nachzuweisen.

„Die AfD-Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag setzen sich dafür ein, dass die in deutschen Städten seit 2005 geltenden Stickstoffdioxid-Grenzwerte überprüft werden.“

Ferner gelten in den Vereinigten Staaten Jahresmittelwerte von 100 Mikrogramm pro Kubikmeter. Auch der mehr als durchsichtige Versuch Todesfälle kausal auf NO₂ oder Feinstaub zurückzuführen, erfüllt nicht wissenschaftlichen Standards. Die derzeitigen Grenzwerte sind daher nicht nur unverhältnismäßig niedrig, sondern gefährden auch den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv.

Messstationen

Der Standort der Messstationen hat erheblichen Einfluss auf die Messergebnisse. Forscher der KIT Karlsruhe konstatieren, dass sich die Stickoxidwerte schon 20 bis 25 Meter von den Straßen weg halbieren. Viele Städte wählen daher aus ideologischen Gründen den lokal höchsten Messwert und stellen deswegen die Messstationen direkt an die Straße, obwohl Abstände von bis zu 10 Meter vom Straßenrand zulässig wären, wie es beispielsweise in Athen gehandhabt wird. Sollten die Standorte gegenüber den EU-Regeln verschärft sein, fordern wir die Festlegung eines neuen Standortes mit maximal positiver Auslegung der Richtlinie und Mittelwertbildung zwischen beiden Messstationen. Gerichtlich belastbare Werte können nur durch objektive, also EU-einheitliche Messverfahren, unter Einhaltung der EU-Richtlinien entstehen.

„Für gerichtliche Fahrverbote können nur die Mittelwerte unter standardisierten Messbedingungen herangezogen werden.“

Gegen eine automobilfeindliche Politik

Zwar ist der öffentliche Personennahverkehr Teil eines effizienten Verkehrsmix und für viele Pendler und wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen ein wichtiges Verkehrsmittel, jedoch können und wollen viele Bürger auf den PKW nicht verzichten. Daher wehren wir uns gegen staatliche Umerziehungsmaßnahmen und finanzielle Gängelungen zum Nachteil der Bürger. Nachrüstungen auf Kosten der Verbraucher lehnen wir ab. Zudem muss sich jeder Verkehrsträger einer Kosten- Nutzen-Analyse unterziehen. Das Steuergeld der Bürger darf nicht für kostspielige Prestige- oder Pilotprojekte unter dem Deckmantel des Klimaschutzes verschwendet werden.

„Eine ideologiebehaftete Verkehrspolitik gefährdet tausende Arbeitsplätze und schafft negative Investitionsanreize.“

Der Automobilsektor und seine Zulieferer tragen einen erheblichen Anteil zum Bruttoinlandprodukt bei. Viele Regionen sind stark auf den Erfolg des Verbrennungsmotors angewiesen. Der Kampf gegen den Diesel ist daher in doppelter Hinsicht gefährlich. Einerseits wird der Ruf eines von deutschen Ingenieuren entwickelten und weltweit geschätzten Produktes ruiniert und andererseits enteignen drohende Fahrverbote über Nacht viele Dieselfahrer.

Für einen modernen und effizienten Wirtschaftsstandort Deutschland darf daher Verkehr nicht mit ideologischen Scheuklappen bewertet werden. Auch hier gilt das Motto der AfD: Mut zur Wahrheit. Wer diesen Mut nicht aufbringt, kann keine verantwortungsvolle Politik für Deutschland machen.

„Die AfD-Fraktionen in Bund und Ländern stehen bereit für eine rationale Diskussion der Verkehrspolitik.“

Begründung:

Die Fraktionen der AfD im deutschen Bundestag und in den Landtagen der deutschen Bundesländer sehen die mit der Diskussion um Fahrverbote für Dieselfahrzeuge verbundene kalte Enteignung der Dieselfahrer, Demontage der deutschen Autoindustrie und Gefährdung von Arbeitsplätzen mit großer Sorge.

Als Partei der Vernunft, der Verantwortung und des gesunden Menschenverstandes treten wir ein für den Schutz des Privateigentums, bezahlbaren Individualverkehr, Wissenschaftlichkeit und verständigen Umweltschutz und haben eine gemeinsame Resolution „Unsinnige Fahrverbote – nicht mit der AfD!“ entwickelt.

Im Namen der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der AfD bitten wir den Bundesparteitag, unseren Antrag zu unterstützen, diese Resolution auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen und sich der Resolution anzuschließen, um gemeinsam ein starkes Zeichen für den Schutz der deutschen Verbraucher und Arbeitnehmer und der deutschen Autoindustrie zu senden.

„Ja zum Diesel“ – Die AfD-Kampagne gegen Fahrverbote!

Als einzige Partei Deutschlands macht die AfD gegen die Geisterfahrer mobil, die in Berlin und Brüssel die bis dato als umweltfreundlich gepriesenen Dieselfahrzeuge nun als „Dreckschleudern“ bezeichnen, Dieselfahrverboten das Wort reden und die Freiheit der Bürger damit einschränken wollen.

Die AfD fordert dagegen „**Freie Fahrt für freie Bürger!**“ Unsere Mobilität darf nicht auf Basis falscher Annahmen, wissenschaftlich umstrittener Normen und ideeller Interessen eingeschränkt werden. Es muss dem Bürger überlassen bleiben, die für ihn beste Technologie zur Fortbewegung auszuwählen.

Mit dem übergreifenden Motto „Ja zum Diesel“ wurden in mehreren Bundesländern bereits AfD-Dieselskampagnen gestartet, die nun durch eine bundesweite Kommunikationsinitiative unterstützt werden:

Plakate „Diesel-Kampagne“ mit verschiedenen Motiven



- Die Bundes-Kampagnenseite im Internet www.Ja-zum-Diesel.de
- Der Informationsflyer **Freie Fahrt für freie Bürger!**
- 3 Aufkleber: **Freie Fahrt für freie Bürger! – Diesel ist super! – Ein Herz für Diesel**
- Unser Plakatspendeshop: **Stoppt endlich die Geisterfahrer in Berlin.**

Die Informationsflyer und Aufkleber sind im AfD-Fanshop erhältlich www.afd-fanshop.de.

Die „Geisterfahrer stoppen“ kann jeder mit einem Plakat, das er mittels **Plakatspende** über die Webseite dort platzieren kann, wo er es gerne stehen hätte.

Unterstützt werden die lokalen Kampagnen unserer Gliederungen mit dem **AfD-Infomobil** als mobilem Infostand mit Dieselantrieb, das von der Bundesgeschäftsstelle nach Anforderung über ein Onlineformular bereitgestellt wird.

Kampagnenseite



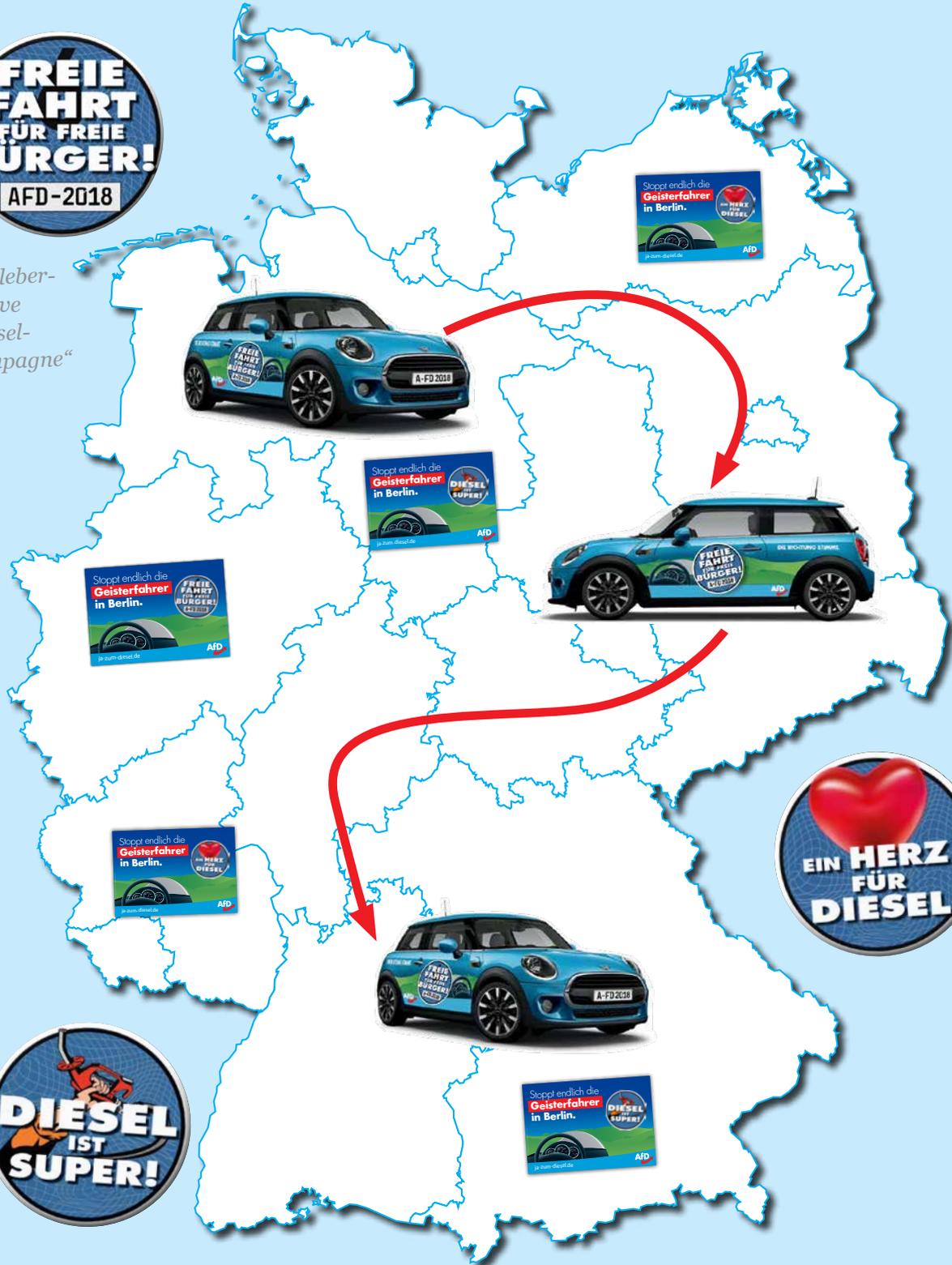
Flyer



AfD Info-Mobil vor Ort



Aufkleber-
motive
„Diesel-
Kampagne“



EU-Kommission sollte sich auf ihre wesentliche Rolle als Hüterin des Rechts konzentrieren

Die EU-Kommission verschlingt mit- samt ihrem ganzen Apparat viel Steu- ergeld und arbeitet nicht effizient. Für AfD-Bundessprecher **Prof. Dr. Jörg Meuthen** MdEP sollte eine Verkleinerung der Kommission ins Auge gefasst werden. Den entspre- chenden Vorschlag des österrei- chischen Kanzlers Sebastian Kurz, die Anzahl der EU-Kommissare von 28 auf 18 zu verringern und ein entspre- chendes Rotationsprinzip einzufüh-

ren, sieht Meuthen als einen Weg in die richtige Richtung.

Eine Verkleinerung allein reiche je- doch bei weitem nicht aus. „Die EU-Kommission muss nicht nur ver- kleinert, sondern grundsätzlich re- formiert werden“, sagt Meuthen. „Sie ist im Laufe der Zeit immer politi- scher geworden. Das ist der falsche Weg. Stattdessen sollte sich die EU-Kommission auf ihre wesentliche



und vernachlässigte Rolle als Hüterin des Rechts konzentrieren, denn das Recht wurde in der Vergangenheit permanent und ohne Konsequenzen gebrochen.“

Weniger „Europa“ ist mehr und besser für alle

Die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, **Dr. Alice Weidel**, begrüßt die Infragestellung der EU-Personenfreizügigkeit durch den österreichischen Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache als überfälligen Denkanstoß: „Wenn die negativen Auswirkungen einer Rege- lung unübersehbar und unbeherrsch- bar werden, muss diese Regelung auf den Prüfstand, statt um jeden Preis

darin festzuhalten. Lohndumping, Sozialtourismus und grenzüberschrei- tende Kriminalität in Europa werden vom Dogma der Personenfreizügig- keit und der offenen Grenzen inner- halb der Union direkt begünstigt. Statt mit ausufernder Bürokratie an den Symptomen herumzudoktern, darf es kein Tabu sein, über das Schlachten heiliger Kühe nachzudenken.“

Der Irrsinn zeige sich z. B. daran, dass Fachpersonal aus Ost- und Süd- europa abgeworben werde, wo es dringend benötigt wird, um bei uns die Löhne und Gehälter niedrig zu halten, während unattraktive Besol- dung und schlechte Arbeitsbedin- gungen qualifizierte Einheimische aus dem Land treiben.

„Je größer und heterogener der Mit- gliederkreis der EU, desto geringer muss die Integrationstiefe ausfallen“, sagt Weidel: „Sonst erschafft man ein bürokratisches Monster. Weniger ‚Europa‘ ist deshalb mehr und besser für alle.“



„Die immer engere Integration der Europäischen Union, für die auch die ‚Grundfreiheit‘ der Personenfreizü- gigkeit bei der Wahl von Wohnsitz und Arbeitsplatz steht, passt nicht mit dem starken wirtschaftlichen Ge- fälle zwischen den EU-Mitgliedstaa- ten zusammen.“

EU-Kommissar Oettinger sollte zurücktreten

EU-Haushaltskommissar Oettinger hatte sich zu den Wahlen in Italien im Mai dahingehend geäußert, dass der „Druck der Finanzmärkte“ den Italie- nern schon klar machen werde, dass sie nicht nochmals die „Populisten von rechts und links“ wählen sollten. Für den AfD-Bundestagsabgeordne- ten **Siegbert Droese** ist das eine unverschämte Einmischung in den italienischen Wahlkampf: „Oettinger

beleidigt die italienischen Wähler, er hat ihnen keine Ratschläge zu geben, wie sie wählen sollen. Er ist in Italien zum Symbol der Arroganz aus Brüs- sel geworden.“

Damit sei Oettinger als hoher Reprä- sentant Deutschlands bei der EU un- tragbar. „Er ist eine Belastung für die europäischen Beziehungen und den europäischen Zusammenhalt“, so



Droese. Um weiteren Schaden von Deutschland und der EU abzuwen- den, solle Oettinger zurücktreten.

Eine eigenständige Währung bringt Vorteile



Der AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, **Dr. Alexander Gauland**, sieht durch die neue italienische Regierung und deren Vorhaben das Ende der Euro-Währungsunion eingeleitet: „Die grotesken Vorhaben der neuen itali-

enischen Regierung sind gegenüber den europäischen Partnern nichts anderes als eine Frechheit – und müssen genau so geahndet werden“.

Seit Jahren lebt Italien auf Basis der Niedrigzinsen der EZB. Den Erhalt der italienischen Volkswirtschaft haben die deutschen Sparer mit hunderten Milliarden Euro zwangsweise mitfinanziert. „Allein das hätte längst die Entmachtung der EZB durch die Auflösung des Euro zur Folge haben müssen“, sagt Gauland. Die deutsche Regierung habe jedoch keine Schmerzen das Geld ihrer Bür-

ger mit beide Händen zum Fenster rauszuwerfen.

Der Grad an Neuverschuldung, den die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone anpeile, sprengt jeden Rahmen. „Das können auch Merkel, Juncker und Mario Draghi nicht mehr dauerhaft decken, denn so viel Geld hat selbst der deutsche Michel nicht mehr in der Tasche“, so Gauland. Das wäre dann das Ende des Euro. „Die italienische Regierung und ihr Programm werden der letzte Sargnagel einer von Anfang an fehlkonstruierten Währungsunion.“

Ende des EURO geordnet gestalten

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher **Kay Gottschalk** MdB hat die Forderung seiner Partei bekräftigt, den Euro abzuschaffen und die D-Mark wieder einzuführen.

Kay Gottschalk sagte im Deutschlandfunk, wenn etwa Italien und dessen Banken zahlungsunfähig würden,

dann werde niemand – auch nicht die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Bundesbank – die Gemeinschaftswährung retten. „Es ist sinnvoll, das Ende der Währung geordnet zu gestalten, wenn man schon sicher sei kann, dass es kommt. Wenn die Bundesbank danach wieder eigenständig eine Währung verwaltet,



kann man deren Gewinne auch für die Finanzierung der Renten heranziehen“, so Gottschalk.

AfD lehnt EU-Arbeitsbehörde ab



Zum Vorschlag der Europäischen Kommission, auf dem Verordnungsweg eine Europäische Arbeitsbehörde einzurichten, erklärt der Bundestagsabgeordnete **Nor-**

bert Kleinwächter im Namen der AfD-Fraktion:

„Die AfD-Fraktion fordert den Deutschen Bundestag auf, das Vorhaben der EU, eine transnationale Arbeitsbehörde einzurichten, zu rügen. Die EU-Kommission verfolgt mit dieser Behörde das längerfristige Ziel, Arbeits- und Sozialordnungen auf EU-Ebene zu vereinheitlichen. Die AfD lehnt dies ab, weil sie einen Eingriff in die nationalen Arbeits- und Sozialgesetze befürchtet

und die Grundordnung der Sozialen Marktwirtschaft gefährdet sieht. Sie schließt sich in diesem Punkt der Subsidiaritätsrüge des Schwedischen Parlaments an.

Der Eingriff in die Sozialpartnerschaft von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern muss verhindert werden. Der Antrag rügt die fehlende Rechtsgrundlage der geplanten Verordnung und den nicht zu rechtfertigenden Eingriff der EU in innerstaatliche Strukturen.“

Gesicherter Identitätsnachweis für jeden in der EU – auch für Migranten



Der stellvertretende AfD-Bundessprecher **Georg Pazderski** fordert eine lückenlose Erfassung aller Zuwanderer. Der von der EU-Kommission vorgeschlagene digitale Fingerabdruck sei zu wenig und offenbare, dass in Brüssel mal wieder auf Ablenkungs-

manöver gesetzt wird: „Es geht keinesfalls nur darum, Kriminelle und Terroristen das Fälschen von Dokumenten zu erschweren. Ziel muss es auch sein, Hunderttausende il-

legale Migranten zu stoppen, zu identifizieren und wieder nach Hause zu schicken. Darum brauchen wir eine lückenlose erkennungsdienstliche Erfassung aller Asylbewerber, die in unser Land kommen. Jeder von ihnen muss bereits an der Außengrenze der

EU gültige Ausweispapiere vorlegen. Wer diese nicht vorweisen kann, muss unmittelbar zurückgewiesen werden.

„Eine solche Null-Toleranz-Politik muss aber auch innerhalb der EU-Grenzen angewendet werden. Wer ohne gesicherten Identitätsnachweis angetroffen wird, muss dafür nach den geltenden Gesetzen bestraft und letztlich abgeschoben werden. Nur so können wir die Sicherheit der Bürger in der EU und in Deutschland wieder signifikant verbessern. Der jetzt von der EU-Kommission vorgeschlagene digitale Fingerabdruck alleine kann das nicht leisten und ist nur Augenwischerei“, so Pazderski weiter.

EU sollte illegale Migration in Nordafrika abwehren

In ihrem Asylkonzept fordert die AfD seit langem die Einrichtung von Asylzentren an der nordafrikanischen Küste, in denen Asylbegehren von Nordafrikanern geprüft werden sollen und in die auch auf dem Mittelmeer aufgegriffene und aus Seenot gerettete Migranten verbracht werden können. Dementsprechend unterstützt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, **Dr. Alice Weidel**, den Vorschlag des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, EU-Grenzschrützer zur Abwehr illegaler Migration auch in Afrika einzusetzen und die EU-Grenzschrützertruppe sehr viel früher als geplant deutlich aufzustoeken.

„Um die illegale Migration über die Mittelmeerroute zu unterbinden, muss die Europäische Union sich auf

der nordafrikanischen Gegenküste engagieren“, sagt Weidel: „Gelingt das nicht, ist das Konzept eines gemeinsamen Schutzes der europäischen Außengrenzen gescheitert, und Deutschland muss sich künftig auf den Schutz seiner nationalen Grenzen in eigener Verantwortung verlassen.“

Demgegenüber begnüge sich die Bundesregierung nach wie vor mit Schönrederei und unrealistischer Symbolpolitik. „Die GroKo täte gut daran, sich am Pragmatismus unserer österreichischen Nachbarn zu



orientieren und ein gemeinsames Vorgehen gegen illegale Migration mit der nächsten italienischen Regierung anzustreben, statt den EU-Superstaatsphantasien und Transferunionsplänen des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron hinterher zu hecheln“, so Weidel.

Entwurf der EU-Kommission für den künftigen Haushalt geht an der Realität vorbei

Den von der EU-Kommission im Mai 2018 vorgelegte Haushaltsentwurf von nahezu 1.300 Milliarden Euro für die Jahre 2021 bis 2027 hält der AfD-Bundessprecher und Mitglied des Europaparlaments **Prof. Dr. Jörg Meuthen** für völlig überzogen: „Der vorgelegte Haushaltsentwurf der EU-Kommission ist ein Schlag ins Gesicht der europäischen Steuerzahler.“

ist inflationsbereinigt ein Plus von fast 18 Prozent gegenüber den 1087 Milliarden Euro aus dem laufenden mehrjährigen Finanzrahmen.“



Die EU verliert mit Großbritannien ihren zweitgrößten Nettozahler, der 2016 fast 14 Prozent des EU-Budgets aufgebracht hat. Dieser drastische Verlust auf der Einnahmenseite ficht die EU offensichtlich nicht an. Sie fordert, dass die Ausgaben in den Jahren von 2021 bis 2027 auf 1279 Milliarden Euro steigen sollen. Das

Da die Kommission offenkundig jeden Sinn für die Realität verloren habe, fordert Meuthen die Bundesregierung auf, „sich dem Widerstand gegen diese Belastungen der anderen Nettozahlerstaaten um Österreich und die Niederlande anzuschließen.“

Deutschland trägt bereits mehr als 30 Milliarden Euro brutto jährlich zur Finanzierung der EU bei. Dieser Betrag muss gedeckelt werden. Am Einsatz für die deutschen Steuerzahler werden wir die Bundesregierung messen.“, sagt der Bundessprecher der Alternative für Deutschland

SPD, Union und Grüne wollen gegen Bundesverfassungsgericht die Demokratie beschneiden



Grüne, Union und SPD wollen, trotz wiederholter anderslautender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, wieder eine Hürde zur Europawahl einführen. Zuvor hatte Karlsruhe Hürden von fünf und drei Prozent gekippt. Die von den Befürwortern einer Hürde vor-

getragenen Argumente seien aus Sicht des Gerichts unzutreffend. **Lars Patrick Berg**, Mitglied im Europauschuss des Landtages von Baden-Württemberg, äußert scharfe Kritik an diesen Überlegungen. „Demokratierechtlich ist die Hürde eine Beschneidung des demokratischen Wettbewerbs und der Meinungsbildung durch den Wähler und damit katastrophal. Das Parlament in Brüssel wird in seiner Funktionalität

nicht eingeschränkt, wenn mehr Wettbewerb herrscht. Ganz im Gegenteil müssen sich nun die Bewerber mehr bemühen.“

„Und genau das ist es, wovor insbesondere Union und SPD sich fürchten. Sie haben Angst vor dem Wettbewerb der Ideen und Argumente. Zudem stelle man sich vor, es hätte bei der letzten Wahl eine Hürde von fünf Prozent gegeben. 10 Sitze wären dann mehr an die Parteien oberhalb der Hürde verteilt worden. Schon seit Jahren nutzen Union und SPD das europäische Parlament, um ausgemusterte Parteiapparatschiks zu versorgen. Das sind die eigentlichen Motive der Hürdenbefürworter!“

AfD-Bundestagsfraktion legt Notfallplan zur Asylkrise vor

Die AfD-Bundestagsfraktion mit **Dr. Alexander Gauland**, **Beatrix von Storch**, **Dr. Bernd Baumann**, **Jürgen Braun** und **Dr. Gottfried Curio** hat am 19. Juni 2018 in einer Pressekonferenz ihren Notfallplan zur Asylkrise vorgestellt.

Da der Plan von Innenminister Seehofer hinter dem rechtlich Gebotenen zurückbleibt und sich eine weitere Aufweichung abzeichnet, forderten die Innenpolitiker der AfD konkrete Sofortmaßnahmen.

Dazu gehören umfassende, lückenlose Grenzkontrollen und die Abweisung aller unberechtigten Asylbegehrenden an den Grenzen, die über sichere Drittstaaten einreisen.

Ferner die tatsächliche Ausweisung aller Ausreisepflichtigen, die Erleichterung der Ausweisung straffälliger abgelehnter Asylbewerber sowie die Ab- und Ausweisung aller, die bereits in einem anderen EU-Land registriert sind.

Darüber hinaus sollen die Maghreb-Staaten als sicher deklariert



werden, um umgehend dorthin ab-schieben zu können.

Schließlich sollen die Anreize für Ar-mutsmigration und die Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme verringert werden. Dabei soll nach dem Grundsatz „Sachleistungen vor Geldleistungen“ verfahren werden. Diese Maßnahmen könnten sofort umgesetzt werden und stehen im Einklang mit deutschem und euro-päischem Recht.

Der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried

Curio, machte deutlich: „Die Rück-kehr zu Dublin III – der Abweisung aller Asylbegehrenden, die Deutsch-land auf dem Weg über sichere Dritt-staaten erreichen, insbesondere über einen anderen Erstzutrittsstaat innerhalb der EU – ist kein nationa-ler Alleingang, sondern europäi-sches Recht.“

Nationaler Alleingang war Merkels Handstreich im September 2015. Bi-laterale Abkommen sind keine euro-päische Lösung. Die europäische Lö-sung ist Dublin III.“

Was der Bundesinnenminister plant, reicht nicht

Zum Streit in der Union über die Asylpolitik sagt **Dr. Alexander Gauland**, AfD-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Der öf-fentlichkeitswirksam ausgetragene Streit zwischen CDU und CSU lenkt davon ab, dass das, was Seehofer durchsetzen will, viel zu wenig ist. Er will nur die Ausländer zurückwei-sen, die bereits in einem anderen eu-ro-päischen Land registriert worden sind. Das reicht aber nicht: Um die

unverantwortliche Politik der offe-nen Grenzen endlich zu beenden, muss allen Asylbewerbern, die aus sicheren Drittstaaten kommen, die Einreise verweigert werden.“

„Dafür hätte Seehofer gleich nach seinem Amtsantritt als Bundesin-nenminister einfach die von seinem Vorgänger Thomas de Maiziè-re mündlich erlassene Anweisung, je-den Ausländer nach Deutschland zu lassen, zurücknehmen müssen.

Doch dazu ist Seehofer, der Merkels Politik der Grenzöffnung seit 2015 immer mitgetragen hat, offenbar im-mer noch nicht bereit.“

Stattdessen inszeniert er lieber zum beginnenden Wahlkampf in Bayern einen medienwirksamen Streit, um den Absturz der CSU in den Umfra-gen aufzuhalten. Doch dieses Täu-schungsmanöver werden ihm die Wähler nicht durchgehen lassen“, so Gauland.

Die Merkel-Regierung hat die europäische Einigkeit zerstört



Zum Streit um die Asyl- und Migrationspolitik erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende **Alexander Gauland**:

„Jetzt nach einer europäischen Lösung zu rufen ist nicht nur wohlfeil

und unrealistisch, es ist geradezu grotesk. Deutschland bricht mit seiner Asylpraxis europäisches Recht – und das seit Jahren. Dublin III wurde einseitig durch die deutsche Regierung ausgehebelt. Damit hat die Merkel-Regierung

die Asylkatastrophe in diesem Ausmaß überhaupt erst herbeigeführt.

Die deutsche Kanzlerin und ihre CDU haben Europa gespalten. Der Brexit war eine direkte Folge dieser Politik.

Merkel hat die Ost- und Südosteuropäer verärgert und sogar versucht diese zu erpressen. Die Südeuropäer und Frankreich hat sie zu nationalen Alleingängen gezwungen. Dass der österreichische Regierungschef Kurz gar nicht mehr mit ihr, sondern nur noch mit ihrem halbwegs kooperationsbereiten Innenminister verhandelt, spricht Bände.

Diese Frau hat die europäische Einigkeit zerstört und faselt dennoch beharrlich von europäischen Lösungen. Sie ist es, die eine europäische Lösung unmöglich gemacht hat.“

Nicht-Abschieben birgt ein großes Sicherheitsrisiko

Anfang Juni 2018 wurden allein in Nordrhein-Westfalen 16 islamistische Gefährder auf Grund verschiedener Hindernisse bisher nicht abgeschoben. Die angeblichen „Gründe“ reichen von fehlenden Papieren bis zu von Gerichten verhängten Abschiebeverboten. Dieser Zustand ist vollkommen unhaltbar. Dazu sagt **Beatrix von Storch**, Bundesvorstandsmitglied der AfD und stellvertretende Fraktionssprecherin der AfD-Bundestagsfraktion: „Wenn nicht mal Migranten, die erwiesenermaßen die Innere Sicherheit Deutschlands extrem gefährden, abgeschoben werden, dann ist das ein Armutszeugnis für diese Regierung. Dass unter diesen 16 illegalen Migranten der Leibwächter Osama Bin Ladens ist, zeigt dass das Nicht-Abschieben ein großes Sicherheitsrisiko ist.“

Bei fehlenden Pässen sowie Abschiebeverboten auf Grund von drohender Folter in den Heimatländern sollten weitreichende Abkommen mit Staaten Afrikas und des Nahen

Ostens ausgehandelt werden, damit diese illegalen Migranten aufgenommen werden können. Sollten sich die Staaten weigern, müsse über die Kürzung von Entwicklungshilfe nachgedacht oder diese ganz gestrichen werden., wie das von Spanien und Israel bereits erfolgreich praktiziert werde.



„Wir müssen endlich das Wohl und die Sicherheit des deutschen Volkes in den Mittelpunkt stellen und nicht das illegaler Gefährder.

Denn diese Regierung und dieser Staat ist zum Wohle der Deutschen da, nicht dem Wohle illegaler Migranten aus aller Welt“, so Beatrix von Storch.

Deutschland braucht nicht mehr, sondern weniger Einwanderung

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, hat in einem Interview Ende Mai 2018 mit der WELT ein Zuwanderungsgesetz gefordert, um die seiner Ansicht nach notwendige Netto-Zuwanderung von 400.000 Fachkräften im Jahr nach Deutschland zu ermöglichen.

Dazu teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag und Bundessprecher, **Dr. Alexander**

Gauland, mit: „Diese Forderung ist unverantwortlich. Wir brauchen nicht mehr, sondern endlich deutlich weniger Einwanderer. Noch immer stehen unsere Grenzen für jedermann sperrangelweit offen – mit dramatischen Folgen für die Sozialsysteme und die innere Sicherheit in Deutschland. Von daher verbietet sich jede Überlegung, zusätzliche Anreize für Menschen zu schaffen, nach Deutschland zu kommen.“



„Ein Zuwanderungsgesetz wäre nur sinnvoll, wenn es die Einwanderung begrenzen würde, statt noch mehr Ausländer zu uns zu locken. Doch auf ein solches Gesetz werden sich die Altparteien niemals einlassen.“

Al-Quds-Tag ist Schande für Deutschland

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher **Georg Pazderski** hat den Al-Quds-Tag und einen geplanten Marsch von Antisemiten durch Berlin scharf kritisiert: „Am Wochenende des 9. Juni 2018 durften in Berlin und anderen Städten vorwiegend muslimische Antisemiten ihren Hass auf Israel und die Juden wieder auf deutsche Straßen tragen. Mit Blick auf die zunehmende Zahl antisemitischer Gewalt, wie jüngst im Berliner Prenzlauer Berg, ist es ein

Armutzeugnis für Politik und Gesellschaft, dass dieser Al-Quds-Tag in Deutschland noch immer begangen wird.

Unter dem Deckmantel eines angeblichen Protestes gegen die israelische Innen- und Außenpolitik wird der Hassmarsch für eine abstoßende Propaganda missbraucht. Deren Wurzeln reichen bis zu den Terrororganisationen Hisbollah und Hamas zurück, die den jüdi-



schen Staat Israel vernichten wollen. Die AfD distanziert sich ausdrücklich von diesem Aufmarsch!“

Agrarsubventionen im Rahmen der GAP sollten nicht in staatliche Institutionen fließen



Zu den Auswertungen der Agrarsubventionen und deren Empfänger im Jahr 2017 nimmt der agrarpolitische Sprecher der AfD-

Fraktion, **Stephan Protschka**, im Deutschen Bundestag Stellung: „Dass unter den größten Empfängern der Subventionen im Rahmen der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nahezu ausschließlich staatliche Institutionen sind, zeigt, dass die Mittelvergabe dringend auf den Prüfstand muss.“ Allein dem Landesamt für

Umwelt in Potsdam wurden, wie den Daten der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft zu entnehmen, über 13 Millionen Euro ausbezahlt.

Für den AfD-Bundestagsabgeordneten ist das ein Skandal: „Diese Mittel müssen in die Unterstützung unserer kleinen und mittelständischen Landwirte fließen und nicht Haushaltslöcher in den Bundesländern stopfen.“

Der Bundeshaushalt ist bei den EU-Ausgaben intransparent



Der Haushalt des Deutschen Bundestages ist in punkto EU-Ausgaben äußerst intransparent. Zu diesem Ergebnis kommen der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, **Peter Boehringer** und die Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, **Dr. Alice Weidel**.

In ihrer Rede in der Bundestagsdebatte hatte Alice Weidel diese Intransparenz mit deutlichen Worten gebrandmarkt und damit eine grundlegende Debatte angestoßen. Kritisiert wird dabei, dass die Zahlungen aus Deutschland an die EU nicht als eigener Teilhaushalt im Bundeshaushalt ausgewiesen sind.

Somit muss kein Minister für dieses Budget geradestehen. Dementsprechend gibt es auch keine Debatte im Haushaltsausschuss oder im Bundestag.

„Ein Einzelhaushalt dieser Größenordnung müsste im 2500seitigen Haushaltsbuch auf nicht unter 100 bis 200 Seiten detailliert ausgewiesen sein“, sagt Weidel: „Stattdessen tauchen die EU-Abgaben als negative Einnahmen gut versteckt auf nicht einmal drei Seiten auf. Wäre der Posten aber als regulärer Teilhaushalt im Bundeshaushalt aufgeführt, wäre er der drittgrößte Einzelhaushalt! Das ist nichts anderes als Tarnen und Täuschen. Gerade in Zeiten, in denen der EU-Kommissar Oettinger den deutschen Beitrag wegen des Brexits von 32 auf 44 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen will, ist es wichtig, dieses Thema an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren.“

Auch der Haushaltsvorsitzende Peter Boehringer findet deutliche Worte: „Hier wird gegen das etablierte Buchführungsprinzip des ‚Saldierungsverbots‘ verstoßen. Die Transparenz des Haushalts verringert sich dadurch dramatisch. Der Ausweis von Deutschlands EU-Ausgaben als negative Einnahme muss als eine solche Saldierung angesehen werden.“

Bei einem EU-Teilhaushalt über 32 Milliarden Euro müsste es ein dickes Haushaltsbuch geben, das die Ausgaben für die EU aus deutscher Sicht eindeutig und klar auflistet. Faktisch wird aber nur in vier Zeilen Rechenschaft über die Herkunft der Steuer- und Zollmittel aus deutscher Sicht geleistet. Das ist keine saubere, transparente Haushaltsangabe – ebenso wenig eine angemessene Mitbestimmung des Bundestags über EU-Ausgaben.“

Das skandalöse Prüfsystem der Jobcenter

Die Altersüberprüfung in den Jobcentern bei Fällen von Kinder- und Viehhehen ist unzureichend. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (19/2187) der AfD-Fraktion hervor. Eine genaue Feststellung des Alters beider Eheleute kann offensichtlich nicht erfolgen, da jeweils nur die Identität des Antragstellers überprüft werde. Die Bundesregierung verweist dabei auf Paragraph 38 SGB II, nachdem ein Leistungsberechtigter alle anderen in der Bedarfsgemeinschaft lebende Personen vertreten kann, d.h. ohne dass diese Personen beim Jobcenter vorstellig werden.

Dazu teilt der AfD-Abgeordnete **Stefan Keuter** mit: „Das Prüfsystem der Jobcenter ist skandalös, hier zeichnet sich ein Skandal wie im BAMF ab. Da es reicht, wenn der Antragsteller beim Jobcenter erscheint, läuft das am 22. Juli 2017 in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung von Kinderhehen ins Leere. Zahlen, in wie vielen Fällen die Nichtigkeit der Ehe Minderjähriger festgestellt worden ist, vermochte die Bundesregierung nicht vorzulegen. Es besteht dringender Hand-

lungsbedarf: Kinder können vor der Ehe und vor sexuellem Missbrauch nur geschützt werden, wenn bei den Jobcentern alle betroffenen Personen vorstellig werden müssen, bevor Leistungen bewilligt werden.“



Wir brauchen keine Frauenquote in der Rechtschreibung!

Am 8. Juni 2018 ist der Rat für deutsche Rechtschreibung in Wien zusammengetreten, um über die Verwendung des „geschlechtergerechten“ Schreibens zu beraten.

Dazu sagt der Vorsitzende der AfD, **Prof. Dr. Jörg Meuthen**: „Sollte der Rat für deutsche Rechtschreibung einen Empfehlungskatalog für die Verwendung des Gendersternchens und Binnen-I beschließen, werden wir als AfD dagegen mobil machen. Es darf nicht sein, dass Gender-Gagaisten mit Geschlechterstern, Binnen-I, Gender-Gap und anderen absurden sprachpolitischen Vorschlägen unsere

deutsche Sprache vergewaltigen. Gewalt an der Sprache ist immer auch Gewalt an der Kultur und der Freiheit des Denkens.

Wir werden nicht zulassen, dass die Verfechter einer vorgeblichen politischen Korrektheit unsere Muttersprache zugrunde richten und die Schönheit und Vielfalt unserer Sprache zerstören. Orwells fürchterliches Neusprech ist gegen die Sprachpolizei der Gender-Vertreter noch geradezu harmlos. Unter dem Deckmantel, die vorgebliche Diskriminierung von Frauen in der Sprache verhindern zu wollen, sollen durch solche Maßnahmen politi-



sche Ziele linksradikaler Ideologen auch sprachlich zementiert werden.

Wir brauchen keine Frauenquote in der Rechtschreibung und wir brauchen auch keinen Rat für deutsche Rechtschreibung, der als Handlanger politische Vorgaben aus Berlin im Duden verankert ist. Der Rat sollte sich vielmehr auf seine Aufgabe beschränken, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum zu bewahren und nur tatsächlich unerlässlichen Veränderungen Rechnung zu tragen.“

Linksextremismus muss endlich wirksam bekämpft werden

Nach mehreren Angriffen auf sein Bürgerbüro in Magdeburg erklärt der stellvertretende AfD-Bundesschatzmeister und Mitglied des Bundestages **Frank Pasemann**: „Dass Unbekannte auf mein Bürgerbüro offenbar mit einer Druckluftwaffe geschossen haben, hebt die Gewalt gegen die AfD auf eine neue Dimension. Die zwölf

Löcher zeugen von extremem Hass. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und die Polizei der Länder müssen Rückendeckung von Herrn Seehofer bekommen und den Linksextremismus wirksam bekämpfen. Dass Linksextremisten ungestört zur Gewalt gegen den AfD-Parteitag in Augsburg auf-



rufen können, ohne dabei gestört zu werden, zeigt, dass in unserem Land etwas falsch läuft. Wir brauchen Gefährderansprachen für Linksextremisten, Linksextremisten-Register und härtere Strafen für Angriffe auf demokratisch gewählte Parteien wie die AfD.“

Heimatkunde sollte wieder Schulfach werden



Die bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag setzen sich für eine Rückkehr des Faches „Heimatkunde“ an die Schulen ein.

Dazu erläutert der bildungspolitische

Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, **Dr. Götz Frömming**: „Mit dieser Initiative setzt die AfD eines ihrer Kernthemen, ‚Heimat‘, bildungspolitisch um. Wir wollen einen bundesweiten Dialog über den Lernstoff des Faches Heimatkunde sowie über seine Ziele und Methoden anregen.“

„Das Wissen um die eigene Herkunft, Kultur und Identität gibt die nötige Orientierung in der sich globalisierenden Welt. Es versetzt unsere Kinder in

die Lage, die eigene Kultur und fremde Kulturen zu schätzen. Und es hat auch große Integrationskraft für die Ausländer, die zu uns kommen. Heimatkunde an den Schulen ist ein wichtiger Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“, so Frömming.

Heimatkunde solle „als eine Einladung an die Schüler konzipiert werden, sich ihre nähere Region, die Natur und Geschichte ihrer Heimat aktiv und bewusst zu erschließen“, sagt Frömming.

2.500 Schusswaffen in Baden-Württemberg in falschen Händen

Rund 25.000 Waffen sind in Deutschland als verloren oder gestohlen gemeldet. Auf Baden-Württemberg entfallen 2.500, so die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (16/3888) der AfD-Fraktion. „Das bedeutet, dass 2.500 Waffen nicht in den Händen ihrer ursprünglichen Besitzer sind“, erklärt der AfD-Abgeordnete **Stefan Her-**

re: „Jede Waffe in falschen Händen ist eine Gefahr für die Bevölkerung.“

Diese Entwicklung steht der vom Bundesinnenminister vorgestellten Kriminalstatistik entgegen. Während 2013 bei 259 Straftaten mit einer Waffe geschossen wurde, entsprechen die 2016 registrierten 582 Fälle fast einer Verdopplung in zwölf



Monaten. Herre fordert, „deutlich zu zeigen, dass das Land seiner Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit nachkommt. Die Bevölkerung nicht mehr schützen zu können, ist ein Zeichen von Schwäche, die von Kriminellen ausgenutzt wird.“

Baden-Württembergs Haftanstalten sind hoffnungslos überfüllt

Auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion (Drucksache 16/3989) teilte die Landesregierung Baden-Württemberg mit, dass die 7.498 zur Verfügung stehenden Haftplätze in den Justizvollzugsanstalten total überfüllt seien. 2016 wurden 1.886 von Verurteilten mit Bewährung neue Straftaten während der Bewährungszeit begangen, was jedoch nur in 979 Fällen zum Widerruf der Bewährungsstrafe geführt habe.

Der AfD-Abgeordnete **Harald Pfeiffer** sieht hier Handlungsbedarf. Es sei „nicht zu akzeptieren, dass nur jede zweite Bewährungsstrafe widerrufen wird, wenn es in der Bewährungszeit zu einer erneuten Straftat kommt. Darin, dass rückfällige Verbrecher wegen fehlender Haftplätze weiter „auf freiem Fuß herumspazieren“ können, sieht Pfeiffer ein Politikversagen, weil damit die Sicherheit unserer Bevölkerung nicht mehr gewährleistet wird.“



Angesichts von 2.310 Straftätern ausländischer Nationalität, die in baden-württembergischen JVA's einsitzen, fordert Pfeiffer, konsequent abzuschieben, die gesetzlichen Voraussetzungen für Abschiebungen zu lockern und das Staatsangehörigkeitsgesetz zu ändern, damit Straftäter mit doppelter Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsbürgerschaft sofort entzogen werden kann.

Dank AfD kommt Bewegung in die Altersüberprüfung bei UMA

Entgegen früheren Aussagen der Landesregierung gibt es Möglichkeiten, das Alter minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge festzustellen. Dies geht aus einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des AfD-Abgeordneten **Lars Patrick Berg** hervor. Dabei werden anhand eines einfachen Fingerabdrucks Dateien in potentiellen Herkunftsländern gleichzeitig abgefragt, wie das zur Straftäterermittlung international bereits erfolgt.

Nachdem die Ministerien bisher leugneten, dass mittels Ausgestaltung der Nr. 49 der landeseigenen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz Altersüberprüfungen durch die Ausländerämter vorgeschrieben werden könnten, werden diese Verwaltungsvorschriften nun „überarbeitet“. Berg hatte in seinem Antrag minutiös eine entsprechende Verwaltungsanweisung vorgeschlagen.

„Mittlerweile ist offenbar geworden, dass die fortwährend unterbleibende Altersfeststellung von UMA das Land Baden-Württemberg Milliarden Euro kostet. Würde der Innenminister die Ausländerbehörden und das Landeskriminalamt anweisen, alle UMA zu identifizieren, wäre die Koalition zerbrochen, da rund um die UMA ein milliardenschwerer sozial-industrieller Komplex gewuchert ist, dessen Schirmherrschaft die Grünen ausüben,“ so Berg.

AfD in Bayern wird zweitstärkste Kraft im Freistaat

Bei der CSU ist Panik ausgebrochen, die AfD wurde öffentlich zum Hauptgegner im Wahlkampf erklärt. In den vergangenen Jahren versuchte die CSU die AfD zu ignorieren und stattdessen lautstark Forderungen aus dem AfD Programm zu verkünden, aber nicht für deren Umsetzung zu sorgen. Diese Strategie ging nicht auf, wie man an der Europawahl, insbesondere aber bei der Bundestagswahl beobachten konnte. Die AfD erzielte in Bayern das beste Ergebnis aller westdeutschen Bundesländer.

Die CSU hingegen erzielte ein für sie katastrophales Ergebnis, seit 1954 hatte sie bei jeder bayernweiten Wahl mehr als 40% erreicht, zur Bundestagswahl waren es nur 38,8%. Bereits vor der Bundestagswahl gab es in vielen Veranstaltungen der CSU immer dann den größten Applaus, wenn man sich gegen Angela Merkel stellte. Nach der Wahl rumorte es erst recht in der CSU. Horst Seehofer musste als Ministerpräsident seinen Hut nehmen. Danach wurden die Reihen pro forma wieder geschlossen, denn die Landtagswahl in diesem Herbst steht vor der Tür. Landtagswahlen sind für die CSU traditionell noch wichtiger als Bundestagswahlen, denn aus Sicht vieler CSU Funktionäre haben sie einen automatischen Regierungsanspruch in Bayern.

Die Wahl in Bayern ist auch eine direkte Entscheidung über die GroKo in Berlin

Die Gräben in der CSU sind nur bis zur Landtagswahl zugeschüttet, intern hört man viele hinter vorgehal-

tener Hand sagen, dass sie gern die Inhalte der AfD umsetzen würden, es aber nicht können, da sie in Berlin an Angela Merkel gebunden sind. Deswegen ist die Wahl in Bayern von so großer Bedeutung, denn eine weitere große Niederlage wird dafür sorgen, dass die CSU sich umgehend von der Merkelschen Politik verabschieden muss, wenn sie nicht den Führungsanspruch in Bayern mittelfristig an die AfD abgeben will. Die Wahl in Bayern ist also auch eine direkte Entscheidung über die GroKo in Berlin.

Die Mitglieder der AfD Bayern stehen für Mitgliederparteitage auf allen Ebenen

Wer aber ist diese AfD in Bayern? Sie ist der wohl basisdemokratischste Landesverband von allen, dessen Mitglieder mit großer Mehrheit für Mitgliederparteitage auf allen Ebenen eintreten. Sie ist überall aktiv und fußt auf dem großen Engagement vieler Mitglieder und Sympathisanten und ist dadurch für den politischen Gegner kaum greifbar. Die Entscheidung der AfD in Bayern ohne Spitzenkandidaten in die Landtagswahl zu ziehen, wäre für die anderen Parteien undenkbar und gerade deswegen ist sie ein starkes Signal. Es bedeutet: Wir sind viele und für uns sind die Inhalte wichtiger als Personen.

Inhaltlich gründete sich die lange Regierung der CSU über Bayern auf einen Dreiklang der Politik: Konservative Gesellschaftspolitik, liberale Wirtschaftspolitik, die für eine starke Wirtschaft sorgt und eine So-

zialpolitik, die man durch die starke Wirtschaft finanzieren konnte. Dieser politische Kurs wurde nun verlassen, linke Bildungsexperimente gibt es inzwischen auch in Bayern. Wie in anderen Bundesländern versucht man mit sozialen Wohltaten und Schaufensteraktionismus vor der Wahl zu punkten.

Viele Wähler fühlen sich einfach nur noch veralbert

Das mag in Berlin oder Hamburg funktionieren, doch die Wähler in Bayern haben eine andere Erwartungshaltung. Viele fühlen sich einfach nur noch veralbert. Angebliche Grenzkontrollen, von denen jeder sehen kann, dass es keine Kontrollen an der Grenze sind. Eine Grenzpolizei, die nicht an der Grenze kontrolliert. Man versucht den Spagat zwischen Merkelhörigkeit und dem Willen der Wähler. Aber mit den halbherzigen Lösungen verschenkt die CSU mehr Vertrauen, als sie gewinnt.

AfD Bayern ist der Gegenentwurf zur CSU

Das eröffnet eine große Chance für die AfD. Die ist in Bayern ist der genaue Gegenentwurf. Die CSU ist eine von oben durchorganisierte Partei mit Delegierten. Die AfD dagegen ist stark durch viele hochaktive Kreisverbände, die alle für ein großes gemeinsames Ganzes streiten, aber dies auf unterschiedliche Art und Weise tun. Das lässt sich zentral, wie die CSU aufgestellt ist, kaum wirksam bekämpfen.



Klare Kante gegen Islam, Extremismus und starkes Bekenntnis zu Grenzkontrollen

Inhaltlich ist die AfD sowieso deutlich näher am Wählerwillen. Klare Kante gegen den Islam, klare Kante gegen Extremismus jeder Art und ein starkes Bekenntnis zu echten Grenzkontrollen sind ein deutlicher Kontrast zur aktuellen Politik. Aber auch im Kleinen setzt die AfD Akzente. Brauchtum und Vereinsleben, zentrale Pfeiler des Lebens auf dem Land, die unter immer mehr Bürokratie ersticken, will die AfD von genau dieser Bürokratie befreien. Ehrenamtliche Feuerwehreinheiten, die lange Tradition hatten sollen künftig eben nicht mehr an neuen Brandschutzauflagen scheitern.

Extremismus, der auch in Bayern immer offener zu Tage tritt, will die AfD die staatliche Unterstützung

entziehen, die polizeilichen Statistiken sollen nicht weiter manipuliert werden, indem man Taten einer Tätergruppe zuschreibt, auch wenn man gar keine Täter findet. Und zu echten Grenzkontrollen gehört natürlich auch ein funktionierender Rechtsstaat, in dem die Straftat der illegalen Einwanderung wieder verfolgt wird.

Die Antwort der AfD auf den Aktionismus der CSU ist ein unbeirrtes Bekenntnis zu unseren Inhalten und eine massive Aufklärung darüber, was die CSU auf allen Ebenen im Land, Bund und Europa tatsächlich tut und wie das im Widerspruch zu dem steht, wovon sie spricht. Dieser Kurs hat dazu geführt, dass in Bayern die AfD für mehr konservative Wähler wählbar geworden ist, die sich selbst in der Mitte der Gesellschaft verorten, als in allen anderen Bundesländern. Das ist es, was die CSU in Bayern und die GroKo in Berlin schmerzt.

Helft mit, die ehemalige FDJ-Sekretärin im Kanzleramt endlich los zu werden

Diesen Herbst in Bayern haben wir eine Schicksalswahl für Deutschland vor uns und eine wichtige Signalwirkung für die Wahl in Hessen kurz darauf. Wird diese Wahl ein echter Erfolg, wird der Druck in der CSU so groß, endlich nicht mehr nur zu reden, sondern zu handeln, dass wir Merkel vorzeitig los werden. Das ist den AfD-Mitgliedern in Bayern bewusst. Gleichzeitig muss das aber auch ein Appell an jeden Freund von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bundesweit sein, sich in unserem Wahlkampf aktiv einzubringen. Kommt, unterstützt uns und helft mit, die ehemalige FDJ-Sekretärin im Kanzleramt endlich los zu werden.

Die AfD-Fraktion: Aktiv für Berlin

Von zentraler Bedeutung für die Arbeit der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist der Wohnungsmangel in Berlin. Während der Senat über das Für und Wider von Hausbesetzungen streitet und mit seiner sozialistischen Umverteilungspolitik Investoren vom Bau neuer Häuser abhält, hat die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus vorgelegt und einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik in die Diskussion eingebracht. Zielsetzung ist es, ein **Förderprogramm für Mieter** zu initiieren, das Mietern die Möglichkeit bietet, die von ihnen bewohnte Mietwohnung kaufen zu können. Auf diese Weise können sie Eigentum schaffen und das Alter absichern. Mit den Verkaufserlösen können wiederum die Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzt werden, neue Wohnungen zu bauen.

Ebenfalls im Fokus stand in den letzten Monaten die Aktion „**Dreckecken weg!**“: Mit parlamentarischen Anfragen und einer aktuellen Stunde im Plenum haben wir die teils schon resignierten Berliner auf

die dramatische Vermüllung unserer Stadt aufmerksam gemacht und zum Gegenlenken aufgerufen.

Auf der Webseite www.dreckecken-weg.berlin wurden uns inzwischen über 200 vermüllte oder verwahrloste Stellen gemeldet. Die schlimmsten Dreckecken haben wir besucht und in Videopodcasts vorgestellt, die auf Youtube, Facebook und Twitter verbreitet wurden. In Abstimmung mit Ordnungsämtern oder Grundstückeigentümern wie der Deutschen Bahn haben wir uns – meist erfolgreich – für die Beseitigung der Dreckecken eingesetzt und an vielen Stellen auch selbst Hand angelegt. Inzwischen ist die Verwahrlosung der Stadt zum Tagessthema in der Landespolitik und in den Medien geworden.

Es zeigt sich: Mit konzentrierter parlamentarischer Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum, begleitet



von einer **direkten Kommunikation mit den Wählern**, lassen sich auch aus der Opposition Dinge bewegen, wenngleich außer Frage steht, dass nur eine große bürgerliche Koalition mit der Übernahme von Regierungsverantwortung das Ruder vollständig herumreißen kann. Bestes Beispiel war der Tag der offenen Tür, an dem 7.000 Bürger zum Gespräch mit der AfD ins Berliner Abgeordnetenhaus gekommen waren.

Das sind einige aktuelle Beispiele für die Arbeit und die Initiativen der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus, die zeigen: Auch als Oppositionspartei setzt die AfD Akzente und wirkt!

Volksbeschluss statt Volksentscheid!

Nach Einschätzung des parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, **Frank-C. Hansel**, hat Rot-Rot-Grün nun im Parlament seine wahre antidemokratische Fratze gezeigt. Trotz des Volksentscheids, den Flughafen Tegel offenzuhalten, hatte die multikulti-Regierungskoalition beschlossen, den Flughafen Tegel entgegen dem Auftrag der Berliner zu schließen: „Das Volk und seine Meinung interessiert diese abgehobene Kaste von Berufspolitikern nur dann, wenn es der eigenen Ideologie nutzt. Freier Wille und gesunder Menschenverstand werden da-

gegen als gefährlich bekämpft,“ sagt Hansel.

Das kalte Abbügeln des Bürgerwillens zum Erhalt des dringend benötigten Flughafens Tegel sei nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die Identität der Stadt zerstört und die Menschen nach sozialistischen Vorstellungen umerzogen werden soll.

Wir werden das nicht dulden. Es geht um nichts weniger als um den Willen des Volkes,

die Berücksichtigung der wahren Interessen der Menschen und die Einbindung der Bürger bei Entscheidungen der Regierung. Das ist unser Grundsatz als Bürgerpartei des politischen Realismus aus der Mitte der Gesellschaft!“



Brandenburgs rot-rote Pulverfässer

Wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz in den Bunkern in Wandlitz (Barnim) und Groß Köris (Dahme-Spreewald) wird in Brandenburg gegen mehrere Personen ermittelt. Es geht u.a. um fehlende Abstandsflächen und Feuerschneisen, defekte Zäune, Videoattracten und veralteten Blitzschutz. Außerdem gibt es erhebliche Sicherheitslücken beim Munitionsbunker des Zentralsdienstes in Wünsdorf. Die Staatsanwaltschaft hat einzelne Mitarbeiter des Landesbetriebs für Liegenschaften

und Bauen (BLB), des Landeskriminalamtes sowie des Zentralsdienstes der Polizei im Visier. Zudem soll ein leitender Mitarbeiter eine zentrale Rolle gespielt haben. Gegen ihn wird seit März wegen Bestechlichkeit ermittelt.

Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, **Thomas Jung**, sieht darin ein Spiegelbild der Regierungspolitik von SPD und GRÜNEN: „Da lagern bei Waldbrandstufe fünf ton-

nenweise Sprengmittel angeblich unsicher in Brandenburger Munitionsbunkern und wir erfahren davon aus den Medien. Staatsanwaltschaften ermitteln wegen Bestechung. Es ist ungeheuerlich, was sich Rot-Rot in dieser Angelegenheit wieder einmal erlaubt hat. Ich fordere vom roten Landesinnenminister lückenlose Aufklärung und eine sofortige Beseitigung der Probleme in den betroffenen Sprengstoff-Depots. Diese Depots sind für Rot-Rot buchstäblich ein Pulverfass.“

Brandenburg hinkt im Kampf gegen die Computerkriminalität hinterher

Wie der Landesinnenminister (SPD) Anfang Juni 2018 zugeben musste, ist das Brandenburger Cyber Competence-Center der Polizei noch immer nicht voll einsatzbereit. Von 61 Fachstellen sind nur 52 besetzt.

Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, **Thomas Jung**, sieht darin ein weiteres Versagen der rot-roten Landesregierung: „In einer digitalisierten Gesellschaft müssen digitale Verbrecher wirkungsvoll verfolgt werden. Durch die steigende Internetkrimi-

nalität und der zu kontrollierenden, immer größer werdenden Datenmengen können die Beamten ihrem Auftrag kaum nachkommen. Pädophile, die übers Netz Kontakt zu Kindern aufnehmen, sind genauso gefährlich wie Datendiebe und Bankbetrüger, die über illegale Programme private Konten entern.“

Das gehe nur, wenn spezielle Fahnder da sind. Doch die kommen nicht, wenn man sie nicht mindestens genauso gut bezahlt wie in anderen Bundesländern. „Rot-Rot begreift das



nicht“, sagt Jung: „Günstige Wohnungen, schnellere Beförderungen, Dienstfahrzeuge, das wären Anreize für Fachkräfte. Aber vermutlich läuft die Anwerbung hier genauso schief wie bei der Imagekampagne Brandenburgs, mit der jährlich für eine Million Euro in Brandenburg für das eigene Bundesland geworben wird.“

„Wir sind gekommen, um zu bleiben“

Die beiden Stichwahlen zum Bürgermeister in Guben und zum Landrat im Spree-Neiße-Kreis haben gezeigt, dass die AfD nach dem Einzug in den Bundestag und in 14 von 16 Landesparlamenten endgültig zur Volkspartei geworden ist. „Mit 41,6 Prozent für **Daniel Münschke** in Guben und mit 39,2 Prozent für **Steffen Kubitzki** im Spree-Neiße-Kreis kann jeder sehen: Die AfD ist die moderne konservative Volkspartei in Ostdeutsch-

land und in Brandenburg und jetzt schon auf Augenhöhe mit den Altparteien in Guben, Cottbus und in der Mark“, kommentiert **Andreas Kalbitz**, AfD-Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg und ergänzt: „Ergebnisse um die 40 Prozent sind ein weiteres starkes Signal der neuen Volkspartei AfD. Wir sind da, um zu bleiben – und nicht mehr wegzudenken oder wegzuwünschen.“

Die zahlreichen Gespräche mit den Bürgern in Brandenburg zeigen ganz deutlich: Es werden immer mehr Menschen, die der AfD ihr Vertrauen schenken – und nicht länger den abgewirtschafteten, ehemaligen Volksparteien ohne Volk, ohne Ideen, ohne Perspektiven und Lösungen für die drängenden Probleme in Brandenburg und in Deutschland.

Mit dem Aus für das BAMF-Bremen scheitert das politische Geschäftsmodell der Altparteien!



Der stellvertretende AfD-Landesvorsitzende **Thomas Jürgewitz** begrüßt die Entscheidung des Bundesinnenministers, die Bremer Filiale des BAMF aus dem Verkehr zu ziehen.

„Seehofer habe jegliches Vertrauen in seine Bremer Außenstelle verlo-

ren – die Bremer AfD hat dieses Vertrauen nie gehabt“, so Jürgewitz, „da sich die rechtswidrigen Entscheidungen seit mindestens 2014 in der exorbitanten Anerkennungsquote von Asylbewerbern in Bremen ausgedrückt habe, ohne dass die Altparteien in Bremen darauf reagieren wollten!“

„Der Innensenator hat im Verbund mit der Asylindustrie, die die Behörden bis in das BAMF durchdrungen haben, vielmehr über Jahre jegliche Abschiebungen von Ausländern verhindert, was sich bis nach Afrika und

Asien herumgesprochen hatte und zu den Bremer Zuständen geführt haben, die am Bremer Hauptbahnhof und an anderen Stellen des Bundeslandes täglich zu beobachten sind“, so der stellvertretende Landesvorsitzende.

Damit trage die Bremer Politik eine maßgebliche Mitschuld an den Spitzenwerten der Anerkennungen von Asylbewerbern in Bremen, was nicht zuletzt jetzt durch das Jammern der Grünen und Links-Partei über Seehofers Entscheidung zu Ausdruck komme, „denn den Altparteien bricht ein politisches Geschäftsmodell weg“, resümiert Thomas Jürgewitz.

Die AfD in Bremen steigt in der Wählergunst auf aktuell zehn Prozent

Die AfD hat in Bremen nach neuesten Umfragen sehr gute Aussichten, bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft im Frühjahr 2019 deutliche Zugewinne zu erzielen. Laut einer INSA-Umfrage im Juni 2018 liegen wir bei rund zehn Prozent, das ist nahezu eine Verdopplung im Vergleich zur letzten Wahl zur Bremischen Bürgerschaft aus dem Jahr 2015. Die Rot-Grüne Regierungskoalition würde dagegen mit weit zehn Prozent massiv an Stimmen und ihre bisherige Mehrheit in der Bürgerschaft verlieren. „Wir werden weiter tatkräftig arbeiten, um den Bremerinnen und Bremern eine alternative Politik anzubieten“, sagt Frank Magnitz MdB und Landesvorsitzender

der AfD in Bremen. „Im Gegensatz zu den Lippenbekenntnissen der etablierten Parteien hat die Alternative für Deutschland konkrete Vorstellungen für eine bessere Politik in

Bremen und Bremerhaven. Wir reden Klartext und stellen uns den Herausforderungen, die es zum Wohle unserer Bürger anzupacken gilt.“



G20-Sonderausschuss bietet Linken eine Hetzplattform gegen Polizei

Der G20-Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft hatte am 31. Mai 2018 zu einer öffentlichen Anhörung in die Kulturkirche Altona eingeladen. Betroffene Anwohner schilderten ihre oftmals traumatischen Erlebnisse bei den schweren Krawallen. Aber auch Linksextremisten mischten sich unter die Teilnehmer der Anhörung.

Dazu der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft **Dirk Nockemann**: „Da die G20-Krawalle im vergangenen Jahr zu einem partiellen staatlichen Kontrollverlust in der Schanze geführt haben, habe ich viel Verständnis dafür, dass die Emotionen bei den Anwohnern hochkochten. Sie waren über Stunden mit übelsten Gewalttaten krimineller Anarchisten konfrontiert, ohne dass

die Polizei einschreiten konnte.“

Kein Verständnis hatte Nockemann für die dreisten und unverschämten Redebeiträge von Emily Laquer von der sogenannten ‚Interventionistischen Linken‘. „Ihre Verbalattacken gegen Polizei und Rechtsstaat waren völlig überzogen und maßlos“, so Nockemann: „Diese Frau gehörte immerhin zu den Rädelsführern von Aktionen, die viele Polizeieinsätze erst erforderlich machten. Schlimm war auch, dass einige Anwohner bei ihren Redebeiträgen gegen die Polizei vergaßen, von wem die Gewalt



ausging: von den Anarchisten und nicht von der Polizei.“

Nockemann schloss sich der Forderung vieler Anwohner an, dass der Innensenator der Hamburgischen Bürgerschaft die politische Verantwortung für den damaligen Kontrollverlust übernehmen soll. Das sei ein überfälliger Schritt.

Oberlandesgericht erklärt die Mietpreisbremse in Hamburg für ungültig



Das Oberlandesgericht hat entschieden, dass die Mietpreisbremse in Hamburg ungültig ist. Die Richter beanstandeten, dass der Senat die Maßnahme zwar 2015 erlassen habe, die rechtlich erforderliche Begründung aber erst zwei Jahre spä-

Ehlebracht: „Dank Schlamperei und schwerer handwerklicher Fehler ist die Mietpreisbremse für ungültig erklärt worden. Wirkungslos war sie schon vorher. Die Gründe dafür sind ebenfalls hausgemacht: Unsinnige und völlig überzogene Ener-

ter nachgeliefert habe.

Dazu der stadtentwicklungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft **Detlef**

gieinsparforderungen treiben die Baukosten in die Höhe. Eine überlastete Bauwirtschaft verlangt horrend Preise und bekommt sie auch bezahlt.

Außer den geförderten Wohnungen, die nicht im Mietenspiegel berücksichtigt werden, werden nur teure Neubauwohnungen gebaut, die den Mietenspiegel besonders in die Höhe treiben. Deshalb fordern wir zur Entlastung des Wohnungsmarktes endlich Eigentumsprogramme für breite Bevölkerungsgruppen und einen Ausbau der Verkehrsverbindungen in die Nachbargemeinden.“

Wenn der Kampf gegen die AfD zum einzigen Lebensinhalt wird...

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen hat am 16. Mai 2018 verkündet, sich von der AfD zu distanzieren und eine aktive Zusammenarbeit mit der Partei abzulehnen. „Damit reiht sich dessen Landesgeschäftsführerin in die Liste der allzeit bereit politischen linken Kämpfer ein“, stellt der hessische AfD-Landessprecher **Robert Lambrou** fest: „Der einzige Lebensinhalt scheint es zu sein, die AfD zu bekämpfen. Wie üblich nicht mit Argumenten, sondern mit ‚Haltung‘“.

Damit trete der Paritätische Wohlfahrtsverband sein eigenes Selbstverständnis mit Füßen. Denn eine Maxime des Verbandes sei nicht nur, überparteilich zu sein, sondern dass jeder Mensch den gleichen Respekt verdient und gleiche Chancen haben soll. „Der Gedanke der Gleichwertigkeit (paritas) aller gab dem

Verein ja sogar seinen Namen“ stellt Robert Lambrou fest. „Auch Frau Alinaghi sagte in ihrem Antrittsinterview am 1. Dezember 2017 in der Frankfurter Rundschau: ‚Die Prinzipien des Paritätischen, nämlich Vielfalt und Toleranz, die lebe ich, dafür möchte ich kämpfen‘“.

Diese Prinzipien allen anderen gegenüber scheinen im Kampf gegen die AfD aber nicht zu gelten. „Diese Art der Ungleichbehandlung konservativer Parteien ist in politischen linken Kreisen ja weit verbreitet“, kommentiert Robert Lambrou. Hier werde eine weitere Organisation, die



sich als überparteilich versteht, von politisch linksstehenden Kreisen benutzt und für eigene Interessen instrumentalisiert. „In klassischem Orwell’schen Doppeldenk widerspricht man seinen eigenen Grundsätzen und bemerkt es nicht einmal mehr. Wenn es die AfD nicht gäbe, müssten Menschen wie Frau Alinaghi sie erfinden, um glücklich zu sein“, so Lambrou.

Wird der documenta-Obelisk in Kassel mit unmoralischen Spenden finanziert?



Der zur documenta errichtete Obelisk soll ein in Stein gemeißeltes Statement für offene Grenzen und massenhafte Migration sein. Während Kasseler Bürger wenig für das „Kunstwerk“ übrig haben, wohl auch, weil die Stadt von der Migrationskrise betroffen ist, kamen Spenden von der Stiftung „Fundação Sindika Dokolo“. Die Stiftung steht mit dem Kunstsammler Sindika Dokolo und seinem Familienclan aus Angola und dem Kongo in Verbindung, der sein Vermögen u.a. mit Blutdiamanten gemacht haben soll.

Dazu erklärt die **AFD-Fraktion im Kasseler Rathaus**: „Der Obelisk symbolisiert nichts, wofür der Kasseler Bürger einstehen möchte. Es wäre an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten, sollte eine skrupellose Kleptokratenfamilie als Auslöser von Flüchtlingsströmen in Afrika nun ein Denkmal für Flüchtlinge in Kassel mitfinanzieren.“

„Unserer Kenntnis nach hat die Stiftung neben der Mitfinanzierung des Aufbaus des Obeliskens auch eine Spende in Höhe von 10.000 Euro getätigt. Der Reichtum seiner Familie begründet sich auf Geschäftsbeziehungen seines Vaters zum Militärdiktator Mobutu Sese Seko. Dokolo ist

heute mit der Tochter des ehemaligen angolanischen Diktators José Eduardo dos Santos verheiratet, dessen Familie in seiner fast 40-jährigen Herrschaft ihr Imperium mit Öl-Exporten und im Diamantengeschäft aufbaute.“

„Human Rights Watch hatte die angolanische Regierung 2011 vergeblich aufgefordert, den Verbleib von 25 Milliarden Euro öffentlicher Mittel zu erklären. Die Webseite makaangola.org hat eine Verbindung Dokolos und dos Santos zu Geschäften mit Blutdiamanten und Verstößen gegen das Menschenrecht aufgedeckt. Es stellt sich die Frage, weshalb die Kasseler Kulturszene angesichts dieser Informationen nicht aufschreit.“

Ausweitung des Wahlrechts für Ausländer mit dem Grundgesetz nicht vereinbar

Zur Forderung, das Wahlrecht für Ausländer auszuweiten, erklärt der Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, **Nikolaus Kramer**: „Eine Ausweitung des Wahlrechts für Ausländer ist absolut indiskutabel. Es muss allen Beteiligten klar sein, dass in einer Demokratie das Volk der Souverän ist. Zum Volk gehört, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Wenn das Wahlrecht für Ausländer – besonders wenn diese noch nicht einmal aus der Europäischen Union stammen – ausgeweitet wird, ist das Volk nicht mehr der Souverän. Das ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.“

Es ist höchst bedenklich, dass wir offenbar eine Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern haben, die keinen großen Wert auf unsere

im Grundgesetz verankerten Werte und Normen legt. Immerhin ist die Integrationsbeauftragte des Landes Mitantwortssteller bei diesem absurden Antrag, der darauf abzielt, das eigene Volk zu entmachten.

Ausländer haben das Wahlrecht, unseren Rechtsstaat und unser Grundgesetz zu respektieren oder Deutschland wieder zu verlassen. Abgesehen davon, müssen Asylanten und Kontingentflüchtlinge bei einer verbesserten Sicherheitslage in ihrer Heimat Deutschland wieder verlassen.



Wenn bei einem Migranten ein benötigter Berufsabschluss und gute Deutschkenntnisse vorliegen, kann am Ende des erfolgreichen Integrationsprozesses die Einbürgerung und somit das Wahlrecht stehen. Das setzt voraus, dass die betreffende Person nicht durch strafrechtlich relevante Delikte auffällig geworden ist.“

Undurchsichtig, fehlerhaft: Rechnungshof rügt Umgang mit Steuerzahlergeldern

Zum Landesfinanzbericht 2018 des Landesrechnungshofes von Mecklenburg-Vorpommern vom 24. Mai 2018 erklärt der finanzpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, **Sandro Hersel**: „Die Poli-

tik der Landesregierung gleicht der von selbstgerechten Autokraten. Laut Kritik des Landesrechnungshofes setzt die Landesregierung Entschließungen des Parlamentes nur schleppend um, Empfehlungen des Landesrechnungshofes werden teilweise ignoriert. Besonders beim Strategiefonds wird deutlich, wie Verwendungszwecke verschleiert werden und die Kontrolle

des Parlamentes unterwandert wird. Das ist keine transparente Haushaltspolitik.“

Wo bleiben zukunftsfähige Investitionen in Wirtschaft und Gesellschaft? Undurchsichtige Förderrichtlinien, fehlende Planungen beim Radwegeausbau und haushaltsrechtlich falsch abgerechnete Personalkosten sind vom Landesrechnungshof zu Recht kritisiert worden. Gelder für den Breitbandkabelausbau wurden in der Vergangenheit kaum abgerufen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Steuerzahler sieht anders aus!“



AfD Niedersachsen mit neuem Landesvorstand

Am 8. April 2018 wurde von 500 stimmberechtigten Mitgliedern der neue Landesvorstand der AfD in Niedersachsen gewählt. Zur Landesvorsitzenden wurde **Dana Guth**, MdL (6.v.l.) gewählt. Stellvertreter sind **Siegfried Reichert** (1.v.l.), **Klaus Wichmann**, MdL (5.v.l.), **Harm Rykena**, MdL (3.v.r.). **Andreas Paul** ist Schriftführer (2.v.l.), **Evelyn Witerzens** Schatzmeisterin (6.v.r.) und **Holger Biester** Wahlkampfbeauftragter (4.v.r.). Beisitzer sind **Jörn König**, MdB (3.v.l.), **Patrick Scheelje** (2.v.r.), **Thorben Freese** (7.v.l.), **Frank Rinck** (4.v.l.), **Carsten Vogel** (5.v.r.) und **Stefan Wirtz**, MdL (1.v.r.).



Wir brauchen mehr Sozialwohnungen

In Niedersachsen nehmen Wohnungen für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen ab. Gab es Ende 2017 noch 90.000 Wohnungen mit Sozialbindung, dürfte in den kommenden Jahren ein Drittel dieser Wohnungen nicht mehr verfügbar sein. Einerseits läuft die zeitliche Bindung aus, andererseits sind die Zinsen so niedrig, dass Vermieter sich aus der sozialen Bindung herauskaufen können. Die Wohnungen zählen nicht mehr zum sozialen Wohnungsmarkt. Mietsteigerungen sind möglich.

Sozial Schwache, Alleinerziehende und Senioren mit geringer Rente finden

immer schwerer eine Wohnung. 2013 gab es in der Region Hannover 2.675 Wohnungen mit Belegrecht, im Oktober 2017 noch 2.163. Im Stadtkern von Hannover beträgt der Rückgang über 50 Prozent. Durch die Migrationsbewegungen drängen immer mehr Zugewanderte in das Segment.

Für **Stefan Henze**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD im Niedersächsischen Landtag, ist die soziale Gerechtigkeit in Gefahr: „Es geht um die Menschen, die nicht viel haben. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Thema.“

Ideal wäre es, wenn die abrufbaren öffentlichen Gelder zu einem Zinssatz zur Verfügung gestellt würden, der niedriger ist als die aktuellen Zinsen. Da das wegen der Eurorettungspolitik kaum möglich sei, müsse man andere Lösungen suchen. „Man könnte, die soziale Bindung von Wohnraum von derzeit zehn Jahre auf fünf Jahre abschmelzen oder die Abschreibungsmöglichkeiten von Investoren verbessern, um den sozialen Wohnungsbau zu beleben. Es muss alles getan werden, dass wir unsere Gesellschaft zusammenhalten“, so Stefan Henze.

Deutsche Agrarwirtschaft an den Verhandlungstisch holen

Die Verhandlungen zum EU-Freihandelsabkommen mit Neuseeland haben am 22. Mai 2018 begonnen. Die Fraktions- und Landesvorsitzende der AfD in Niedersachsen, Dana Guth, warnt vor einem übereilten Vorgehen: „Was für die EU vorteilhaft ist, muss es noch lange nicht für Deutschland und Niedersachsen sein.“

Mit 11,9 Milliarden Euro Produktionswert ist Niedersachsen das Agrarland Nummer eins in Deutschland. Zu den

wichtigsten Erzeugnissen gehört neben Fleisch auch Milch. Bisher ist der sensible Milchmarkt vor Importen geschützt. Mit einem Freihandelsabkommen mit Neuseeland könnte sich das ändern.

„Damit gefährdet Brüssel, den schwierigen Milchmarkt und setzt den Bauern die Pistole auf die Brust“, so **Dana Guth**. Sie fordert, dass die gesamte Agrarwirtschaft einbezogen wer-



den müsse. Alleingänge hält sie für das falsche Signal an die deutsche Landwirtschaft. „Die Verhandlungen müssen mit Sorgfalt, mit Augenmaß für den jeweiligen Markt und mit der hiesigen Wirtschaft fortgesetzt werden. Ansonsten könnte Brüssel die in Deutschland wichtige Agrarwirtschaft vor die Wand fahren.“

Starker Zulauf zur AfD – Im Mai über 5.000 Mitglieder in NRW



Der AfD-Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen konnte im Mai 2018 das 5.000. Mitglied im mitgliederstärksten Landesverband unserer Partei begrüßen. Die große Menge an Aufnahmeanträgen ist erfreulicherweise eine echte Herausforderung.

Verschiedene Themenflyer wie „Mensereinerwanderung“, „Diesel-Lüge“ und „Angriffe auf Rettungskräfte“ haben offensichtlich viele Bürgerinnen und Bürger angesprochen und zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Der Mitgliederzuwachs erfor-

dert die personelle Aufstockung der AfD-Landesgeschäftsstelle in NRW, die aktuell vorgenommen wird.

Das Wählerpotential für die AfD liegt nach verschiedenen Umfragen deutlich über 20 Prozent. Um dieses auszuschöpfen, wird der Landesvorstand alle Anstrengungen unternehmen und vor allem die Parteimitglieder in unserem Landesverband zusammenführen.

Wenn dies gelingt, ist es eine realistische Zielsetzung, dass die AfD absehbar zur bestimmenden politischen Kraft in NRW werden kann, so der AfD-Landesvorstand

Landesregierung NRW schwenkt bei Inklusion auf Kurs der AfD

Die NRW-Schulministerin (FDP) möchte bei dem Thema Inklusion einen Neustart wagen. Durch vorgegebene Qualitätsstandards soll versucht werden, Inklusion zu begrenzen und verbindliche Qualitätsstandards im Bereich Inklusion einführen zu wollen. Die vorgegebenen Standards sollen die Anzahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse, Personalschlüssel und Klassengröße regeln. Die intendierte Umsteuerung bei der Inklusion solle zügig vollzogen werden, da die Regierung noch vor der Sommerpause Eckpunkte zu diesem Vorhaben vorgelegen möchte.

Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion in NRW, **Helmut Seifen**: „Ein Um-

steuern bei dem Thema Inklusion, auch wenn es sich hierbei um ein politisches Placebo handelt, ist absolut begrüßenswert. Ich wünsche mir schlichtweg mehr Ehrlichkeit und Klarheit bei dem Umgang mit einem für unsere Schulen so wichtigen wie auch belasteten Thema.“

Die AfD hat die ideologisch motivierte Inklusion in ihrem Wahlprogramm strikt abgelehnt. Regelschulen können Kindern mit besonderem Förderbedarf in den meisten Fällen nicht gerecht werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein.



„Die Wirkung der AfD im nordrhein-westfälischen Landtag zeigt sich einmal mehr – wenn auch erst im Nachhinein“, sagt Helmut Seifen: „Während die Anträge der AfD pauschal abgelehnt werden, entfaltet sich die inhaltliche Akzentuierung im Nachhinein in dem Regierungsvorhaben der Landesregierung.“

Keine Rechte ohne Pflichten

Am 13. Juni 2018 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht, dass eine Herabsetzung des Wahlalters für Kommunalwahlen auf 16 Jahre verfassungsgemäß wäre.

Hierzu sagt **Michael Frisch**, kommunalpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Rheinland-Pfalz: „Obwohl eine Herabsetzung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre für verfassungsgemäß erklärt wurde, bedeutet das nicht, dass dies

auch politisch umgesetzt werden sollte. Das Verwaltungsgericht hat nur den rechtlich möglichen Rahmen aufgezeigt.

Eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 lehnt die AfD ab. Aus gutem Grund sind junge Menschen vor dem 18. Lebensjahr von den meisten bürgerlichen Pflichten befreit. Zudem sind Sie beschränkt geschäftsfähig. Dementsprechend sollten sie auch das vornehmste Recht eines Bür-



gers, das Wahlrecht, erst dann erhalten, wenn sie diese Pflichten gegenüber der Gemeinschaft erfüllen müssen. Es darf keine Rechte ohne Pflichten geben.“

Rahmenbedingungen für Mietwohnungsbau müssen verbessert werden

Für Wohnen müssen die Rheinland-Pfälzer immer mehr ausgeben. Laut Preisspiegel des Immobilienverbandes IVD West vom Juni 2018 verteuerten sich Eigenheime in Worms um zwölf Prozent, während in Neuwied Einfamilienhäuser 16 Prozent mehr kosten als im Vorjahr.

Für **Dr. Jan Bollinger**, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion Rheinland-Pfalz, ist dafür auch die Politik der Landes- und Bundesregierungen verantwortlich. Bauvorschriften wie die Energieeinsparverordnung verteuerten die Baukosten, wodurch Vergünstigungen wie das Baukindergeld aufgezehrt werden. Durch die EZB-Nullzinspolitik wurden

Wohnungen zu Spekulationsobjekten. Und die Zuwanderung hat den Wohnungsbedarf zusätzlich erhöht.

„All das geht auf Kosten junger Familien und sozial schwacher Mieter“, sagt Bollinger und fordert, die Rahmenbedingungen für den Mietwohnungsbau zu verbessern, statt über Mietpreisbremsen zu diskutieren. „Mehr Mietwohnungsbau und mehr Wohnungsangebote sind langfristig der einzige Weg, um Mietpreise stabil und bezahlbar zu halten“, fordert Bollinger. Außerdem müsse



es erleichtert werden, Wohneigentum erwerben zu können, indem z.B. eine Senkung der Grunderwerbsteuer erfolgt, wie von der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz beantragt. „Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf kein Luxus werden“, so Bollinger.

Die einen zahlen – die anderen feiern!

Am 15. Mai 2018 fand die Verabschiedung der ehemaligen Direktorin der rheinland-pfälzischen Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LKM) Dr. Renate Pepper im „Cafe Hahn“ in Koblenz statt. Im

kleinen, erlauchten Kreis u.a. aus Vertretern von Politik und Medien wurde getafelt. Eine Kleine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz (Drs. 17/6404) ergab: Die Kosten der Feier betragen mehr als

15.000 Euro und wurden von der aus Rundfunkgebühren finanzierten LMK getragen. Bezahlt wurde die Sause damit aus den Zwangsabgaben rheinland-pfälzischer Bürger für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Industriekultur und Denkmalschutz kommen im Saarland unter die Räder!

Das Saarland, geprägt von Kohle und Stahl und einer einzigartigen Geschichte im deutsch-französischen Grenzraum, hat als unverwechselbares Alleinstellungsmerkmal die monumentale Industriearchitektur, die als mitursächlich für das Entstehen einer saarländischen Identität erachtet werden kann. Wir sind verpflichtet, die Industriekultur für spätere Generationen zu bewahren.

Diese Industriekultur dümpelt allerdings vor sich hin. Millionen wurden in Landsweiler-Reden versenkt. Die sehenswerte Ausstellung „Das Erbe“ ist geschlossen. Camphausen mit dem einzigartigen Hammerkopfförderturm ist für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Die „Alte Schmelz“ in St. Ingbert, eines der bedeutendsten Industrie- und sozialgeschichtli-

chen Zeugnisse der frühen Schwerindustrie in Europa, degeneriert zu einer „Eventlocation“. Die Königlich-Preußische Bergwerksdirektion in Saarbrücken, das bergbauliche Herz im Saarland, wurde Teil einer Shoppingmall, entkernt und seiner Identität beraubt.

Nun wird das Landesdenkmalschutzgesetz novelliert, allerdings nicht im Sinne des Denkmalschutzes. Einsparüberlegungen stehen im Vordergrund. Die gesetzliche Verankerung, Kulturdenkmäler zu schützen und zu pflegen, wurde nicht aufgenommen. Deshalb wird sich der Zerfall unserer Geschichtsbauwerke fortsetzen, wie man zurzeit am Pingussonbau sehen kann. Kein Konzept, keine substanzerhaltenen Maßnahmen, keine öffentliche Dis-



kussion über die Zukunft dieses herausragenden Architekturdenkmals.

Deshalb wird die AfD-Fraktion diesem „Pingussonbauabbrissermächtigungsgesetz“ nicht zustimmen, erklärt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Saarländischen Landtag, **Josef Dörr**. Des Weiteren kritisiert die AfD die Kürzung des Etats für Industriekultur von 220.000 Euro auf 50.000 Euro. Dies zeige, welchen Wert diese Landesregierung der Industriekultur zumisst.

Gescheiterter Altschuldenfonds für Kommunen bringt saarländischen Innenminister in Erklärungsnot

Die CDU hat die Hoffnung auf Entschuldungshilfen des Bundes für die Kommunen offenbar aufgegeben. Die CDU-Generalsekretärin und Ex-Ministerpräsidentin des Saarlandes, Kramp-Karrenbauer, räumte am 25. Mai 2018 ein, sie sehe keine

Chance auf einen Altschuldenfonds für die Kommunen. Noch vor einigen Wochen brüstete sich der Landesinnenminister damit, es sei mit positiven Entscheidungen zu rechnen. Wochen später ist kein Geld da mit der Begründung, die Steuer-mehreinnahmen müssten für die innere und äußere Sicherheit eingeplant werden.

gemachte Lösung einer ‚Saarlandkasse‘ vor der Kommunalwahl ins Gespräch gebracht wurde. Die Saarländer haben jedoch einen Anspruch auf Hilfen, weil der Bund für die Ursachen der Verschuldung der Kommunen mitverantwortlich ist.

Dabei stellt sich die Frage, warum die CDU-Generalsekretärin und der aus dem Saarland stammende Bundeswirtschaftsminister in Berlin so wenig für saarländische Interessen tun? Oder ist ihr Einfluss so gering, dass in Berlin mit anderer Zunge gesprochen wird als im Saarland? Mit dieser Politik werden die Interessen des Saarlandes verraten.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum nun die haus-



2.654 Unregelmäßigkeiten: AfD-Fraktion deckt Asyl-Schlampereien auf



Auf Anfrage der AfD musste die Staatsregierung zugeben, dass es erhebliche Unstimmigkeiten in der sächsischen Ausländer-Statistik gibt (Drs. 6/13233). Im Ausländerzentral-Register wurden 2.654 Unregelmäßigkeiten festgestellt. In 1.600 Fällen passten die Asylsachstände nicht zu den Aufenthaltstiteln und in

Landtag, kommen nun nach dem BAMF-Skandal in Bremen auch in Sachsen erhebliche Unregelmäßigkeiten ans Tageslicht: „Es würde mich nicht wundern, wenn das nur die Spitze des Eisberges ist. Denn die von der CDU gewollte, unkontrollierte Masseneinwanderung konnte gar

67 Fällen waren mehrere Duldungen gleichzeitig ausgesprochen worden.

Für **Carsten Hütter**, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im sächsischen

nicht seriös nach rechtsstaatlichen Kriterien abgearbeitet werden – sie musste zwangsläufig zu einer massiven Überforderung des Migrationsamtes führen.“

Insider berichten, dass sie bereits nach einem zehntägigen Schnellkurs im BAMF angestellt worden waren und Asylentscheide nur aufgrund der Aussage zweifelhafter Dolmetscher ausstellen mussten. Vermutlich haben sich zehntausende Wirtschaftsflüchtlinge mit kriminellen Mitteln einen Asyl-Titel in Deutschland erschlichen. Auch aus diesem Grund fordert die AfD einen Untersuchungsausschuss im Bundestag, um den staatlich geduldeten Asylmissbrauch rückhaltlos aufzuklären.“

Sachsens oberster Richter: „Wir arbeiten für den Papierkorb“

Der Präsident des sächsischen Oberlandesgerichts, Künzler, kritisierte im Mai 2018 die Staatsregierung, geltendes Recht bei Abschiebungen nicht umzusetzen. Die Richter arbeiteten praktisch „für den Papierkorb“ sagte er den ‚Dresdner Neueste Nachrichten‘.

André Barth, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, kann den Frust der Richter gut verstehen: „Mittlerweile sind in Sachsen 11.600 Wirtschaftsmigranten vollziehbar ausreisepflichtig und das CDU-Innenministerium gibt sich hilflos. Natürlich schmeißen viele der angeblich Verfolgten ihre Pässe weg und tauchen die meisten

von ihnen zum Abschiebetermin unter, weil sie vom steuerfinanzierten ‚Flüchtlingsrat‘ vorher gewarnt wurden. Auf diese Probleme hat die AfD immer wieder hingewiesen und ist dafür als fremdenfeindlich diffamiert worden.“

Es verstärkt sich der Eindruck, die CDU will Deutschland bewusst mit illegalen Einwanderern fluten. Dazu passt die Kritik der sächsischen Richter, die sogenannten ‚Ankerzentren‘ sind purer Aktionismus, weil das CDU-Innen-

ministerium seit Jahren höchstrichterliche Abschiebebescheide ignoriert. Zudem stellt die CDU die Bundesregierung und hätte ihren Fehler der illegalen Grenzöffnung längst mit einer schärferen Asyl- und Abschiebepolitik korrigieren können.“



AfD begrüßt Verfassungsbeschwerden zu Rundfunkgebühren vor BVG



Vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) werden seit 16. Mai 2018 vier Verfassungsbeschwerden verhandelt, bei denen es um die Verfassungskonformität der Gebührenerhebung geht. Hauptkritikpunkt ist der mangelnde Zusammenhang von Beitragspflicht und individueller Nutzung des Rundfunkangebotes,

weil damit die Rundfunkgebühren eine verschleierte Steuer darstellten. Eine derartige Steuer wäre gesetzwidrig und würde die notwendige Staatsferne des Öffentlich-Rechtlichen aufheben.

Dazu sagt André Poggenburg, medienpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt: „Gebührenberechnung und Gebührenzwang sollten auf den Prüfstand gestellt werden, besonders vor dem Hintergrund horrender Gehälter der Personen im ÖRR. Keinem Bürger ist zu erklären, warum er

zwangsverpflichtet ist, dem Spitzenpersonal des Öffentlich-Rechtlichen ein Luxusleben zu finanzieren, während die Gegenleistung darin besteht, den Bürger mit oft halbweisen Nachrichten, die immer stärker an die Machart der ‚Wochenschau‘ erinnern, zu indoktrinieren. Die AfD, als politischer Vorkämpfer gegen das bisherige ‚Ab-GEZ-ocke‘, begrüßt den juristischen Vorstoß der Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht und wünscht sich eine klare Aussage unseres höchsten Gerichtes für eine grundlegende Änderung der Rundfunkgebührenberechnung.“

Kitas sollten mehr Fachpersonal bekommen und kostenlos sein

Laut Studie der Bertelsmann-Stiftung herrscht in Deutschland große Ungerechtigkeit bei Kita-Beiträgen. Eltern in Berlin geben rund zwei Prozent ihres Haushaltseinkommens für Kita-Betreuung aus. In Sachsen-Anhalt ist es mit 5,8 Prozent mehr als das Doppelte, obwohl das Durchschnittseinkommen in Sachsen-Anhalt niedriger liegt.

Kritisch bewertet die AfD-Landtagsfraktion ein Ergebnis der Studie, wonach 68 Prozent der sachsen-an-

haltischen Eltern höhere Beiträge zahlen würden, wenn so die Qualität der Betreuung erhöht würde. „Es ist inakzeptabel, dass Eltern so viel ihres Einkommens für die Betreuung ihrer Kinder ausgeben müssen. Daher halte ich es für fraglich, dass die Eltern in Sachsen-Anhalt zur Zahlung von höheren Kita-Beiträgen bereit wären“, sagt **Tobias Rausch**, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt.



Dass die Eltern höhere Beiträge für eine bessere Kita-Betreuung auszugeben bereit wären, mache allerdings die dürftige Qualität in den Kindertagesstätten deutlich. Schon lange fordert die AfD, die Qualität der Kinderbetreuung durch mehr Fachpersonal und bessere Angebote zu erhöhen – und das bei gleichzeitiger Beitragsfreiheit für alle Eltern.“

AfD in Sachsen-Anhalt wählte neuen Landesvorstand

Martin Reichardt MdB ist mit über 80 Prozent der Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden der AfD in Sachsen-Anhalt gewählt worden. Beim Landesparteitag am 9. Juni 2018 in Magdeburg erhielt er 254 von 310 Stimmen. Als weitere Mitglieder des neuen AfD-Landesvor-

stands in Sachsen-Anhalt wurden gewählt: **Gordon Köhler** (Generalsekretär), **Kay-Uwe Ziegler** (stellv. Landesvorsitzender), **Andreas Mrosek** MdB (stellv. Landesvorsitzender), **Andrea Mähner** (Landesschatzmeister), **Jürgen Teubner** (stellv. Landesschatzmeister),

Steffen Schroeder (Schriftführer), **Arno Bausemer** (stellv. Schriftführer). Zu Beisitzern wurden gewählt: **Matthias Büttner** MdL, **Robert Farle** MdL, **Hannes Loth** MdL, **Willi Mittelstädt** MdL und **Torsten Radtke**.

Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein ist Offenbarungseid für den Rechtsstaat

Der Verfassungsschutzbericht für Schleswig-Holstein 2017 belegt die Fokussierung linksextremistischer Gruppen auf die gewalttätige Bekämpfung der AfD. Dabei nimmt die massive Beeinträchtigung des Wahlkampfes in Form von Störungen bis hin zu körperlicher Gewalt erheblichen Raum ein.

„Im Berichtsjahr agierte die linksextremistische Szene in Schleswig-Holstein auf einem höheren Niveau als im Vorjahr (...) Insbesondere die klassische autonome Szene zeigte ihre weiterhin bestehende, hohe Aktionsbereitschaft und Gewaltorientierung.“ (S. 117)

Hervorzuheben sind insbesondere die im Verfassungsschutzbericht aufgezeigten Nahtstellen zwischen Linksextremismus und „bürgerlich-demokratischem Spektrum“. Genannt wird hier unter anderen das Bündnis AgR (Aufstehen gegen Rassismus), „das aus überwiegend zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien, Verbänden und Einzelpersonen besteht, dem auch die IL (Interventionistische Linke) angehört, eine Organisation

des linksextremistischen Spektrums“ (S. 133).

Auch wird die Initiative „Nationalismus ist keine Alternative (NIKA)“ angeführt, die überwiegend mit zielgerichteten Einzelaktionen wie z. B. Sachbeschädigungen am Eigentum von AfD-Mitgliedern, -Unterstützern, oder -Sympathisanten oder Beschädigung und Diebstahl von Wahlplakaten, aber auch durch gewalttätige Auseinandersetzungen mit AfD-Anhängern und Widerstandshandlungen gegen Polizisten in Erscheinung (...)“ (S. 132f.) trat.

Der „Interventionistischen Linke“ wiederum fällt eine Scharnierfunktion zwischen Linksextremismus und bürgerlicher Mitte zu: „Zu diesem Zweck forciert die IL auch ausdrücklich Bündnisse mit Personen und Organisationen des bürgerlichen (...) Spektrums.“

„Es ist erschütternd, dass sich Extremismus im Kreise von vorgeblichen Saubermännern und Gutmenschen etabliert hat“, erklärt **Doris von**



Sayn-Wittgenstein, MdL, AfD-Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein. „Wie sonst ist es erklärlich, dass Demonstrationsveranstalter derartigen Kräften ein Forum bieten und sich nicht distanzieren?“

„Angesichts dieser Ergebnisse wird zu untersuchen sein, inwieweit staatliche Förderung von bestimmten Verbänden des linken Spektrums der Behinderung demokratischer Willensbildung Vorschub leistet. Der Staat wird sich daran messen lassen müssen, inwieweit er durch die Genehmigung von Gegendemonstrationen der Entfaltung von Linksextremismus Vorschub leistet und gegen das Neutralitätsgebot verstößt.“

Ausbau von Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein minimieren

„Die ‚perfekte‘ Energiequelle gibt es nicht“, sagt die AfD-Landtagsabgeordnete **Doris von Sayn-Wittgenstein**, die als Vorsitzende des Petitionsausschusses im Landtag von Schleswig-Holstein im Mai 2018 eine Anhörung der windkraft-kritischen „Volksinitiative für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung“ leitete.

Die Volksinitiative plädiert für einen Mindestabstand von 1.000 Metern bzw. der zehnfachen Anlagenhö-

he (10H) von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung. Windkraftanlagen stehen wegen vieler Unzulänglichkeiten in der Kritik. Die Baukosten sind hoch, die Energiegewinnung ist schwankend und die Energiespeicherung defizitärer. Hinzu kommen Lärmbelästigung, Habitatzerstörung und das Vogelsterben durch Rotor Schlag. Die tieffrequenten Schallwellen der Anlagen sind eine Gesundheitsbelastung für die in der Nähe wohnende Bevölkerung, stören den Nachtschlaf und führen zu Erkran-

kungen des Herz- und Kreislaufsystems.

„Deshalb müssen diese Einwände ernstgenommen und in den politischen und behördlichen Entscheidungsprozess um den Ausbau der Windkraft einfließen“, sagt von Sayn-Wittgenstein. Außerdem müssten die Hauseigentümer vor Wertverlusten ihrer Immobilie oder ihres Landes als Folge einer Bebauung mit einer Windmühle geschützt werden.

Schlägereien in Gotha, Apolda, Suhl: nordafrikanische Asylbewerber immer dabei

Zur Massenschlägerei in Gotha am 25. Mai, bei der nordafrikanische Asylbewerber beteiligt gewesen sind, sagt **Jörg Henke**, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag von Thüringen: „Vor kurzem erst behauptete der Landesinnenminister, dass Thüringen ein sicheres Land sei. Das entspricht nicht der Wahrheit. Der Vorfall in Gotha reiht sich in eine lange Liste an ähnlichen Vorfällen ein. Erst kürzlich gab es in Meiningen, Apolda und insbesondere der Suhler Erstaufnahmeeinrichtung Schlägereien, bei

denen Asylbewerber beteiligt gewesen sind.

Diese Fälle zeigen, wie schlecht es um die Sicherheit im Freistaat bestellt ist. Die Landesregierung muss endlich entschieden handeln. Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag für das Plenum des Thüringer Landtags, straffällig gewordene Asylbewerber in Einrichtungen außerhalb der Problemgebiete unterzubringen und gesetzlich bedingte Abschiebungshindernisse



se abzubauen. Damit ließe sich der Schutz der Bevölkerung und friedlicher Asylbewerber vor gewaltbereiten Migranten erhöhen.“

Kommunalwahlen in Thüringen bringen Erfolge für die AfD

Der Landesverband Thüringen der Alternative für Deutschland hat die Kommunalwahlen im Freistaat am 15. April 2018 bemerkenswert gemeistert. Der Einsatz unserer engagierten Kandidaten, Wahlkampfleiter und Unterstützer wurde mit mehr als Achtungserfolgen belohnt.

Zur Wahl standen Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister und Landräte wobei einige Ergebnisse der AfD besonders hervorzuheben sind. So schaffte **Dieter Laudenschbach**, Oberbürgermeisterkandidat für Gera, es in die Stichwahl am 29. April, da er mit 21,3 Prozent im ersten Wahlgang mehr Stimmen als die amtierende Oberbürgermeisterin für sich gewinnen konnte. Mit dem Einzug in die „zweite Runde“ hat sich der AfD-Kandidat zudem hervorragend für die 2019 anstehenden Kommunalwahlen positioniert.

In der Landeshauptstadt erreichte der Oberbürgermeisterkandidat **Stefan Möller**, einer der beiden Lan-

desprecher, mit mehr als 14 Prozent den dritten Platz und ließ die Linke-Kandidatin hinter sich.

Angetreten war die Thüringer AfD darüber hinaus unter anderem in den Städten Jena, Gotha, Sömmerda, Eisenach und den Kreisen Sonneberg, Weimarer Land, Gotha, Kyffhäuserkreis und Ilmkreis, in denen fast überall zweistellige Werte erreicht wurden. Spitzenreiter wurde der Landratskandidat für Sonneberg, **Robert Sesselmann**, mit 29,8 Prozent.

neberg, **Robert Sesselmann**, mit 29,8 Prozent.

Angesichts der vielen Plakatzerstörungen und Wahlkampfbeeinträchtigungen durch „linke Vorzeigedemokraten“ blickt der Landesverband Thüringen mit Zuversicht auf die Kommunalwahlen im nächsten Jahr, auf die EU-Wahl und natürlich auf die Landtagswahl 2019, erklärt Nadine Hoffmann vom Landesvorstand der AfD.



Gesinnungstest des Feuerwehrverbands Schleswig-Holstein löst Empörung aus!

Eine Welle der Empörung hat der schleswig-holsteinische Landesfeuerwehrverband bei seinen Mitgliedern, den Feuerwehrleuten ausgelöst. Gesinnungsschnüffelei und Diskriminierung werden dem Verband vorgeworfen.

Stein des Anstoßes war eine Mitgliederbefragung, bei der auf das Projekt „Zusammenhalt durch Teilhabe“ zurückgegriffen wurde, dessen Fragen von der grünen Heinrich-Böll-Stiftung und der linken Rosa-Luxemburg-Stiftung konzipiert worden waren. In den Fragen wird den ehrenamtlichen Helfern in den Freiwilligen Feuerwehren unterstellt, möglicherweise nicht auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen und rechtsradikales Gedankengut zu vertreten. So wurde z.B. gefragt, ob „unter bestimmten Umständen eine Diktatur die besse-

re Staatsform“ wäre“. Auch sollte bewertet werden, ob man der Aussage „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann sehen“ in Abstufungen zustimmen könne.

Nachdem Feuerwehrleute die Umfrage als „ehrverletzend“ und „beleidigend“ zurückgewiesen und viele Kreiswehrführer sich geweigert hatten, die Fragebögen an ihre Wehren auszugeben, sah sich der Landesbrandmeister gezwungen, den Fragenkatalog zurückzunehmen.



Die AfD möchte sich für die verdienstvolle, harte Arbeit der Feuerwehrleute in unserem Land bedanken, die Tag und Nacht bereitstehen, um für unser aller Sicherheit ihren Kopf hinzuhalten!

AfD-Fraktionen Bundestag und Bundesländer

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: (030) 227 571 41
buerger@afd bundestag.de

AfD-Fraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
Tel: (0711) 206 356 05
post@afd.landtag-bw.de

AfD-Fraktion Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
Tel: (030) 232 526 21
info@afd-fraktion.berlin

AfD-Fraktion Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel: (0331) 966 18 00
info@afd-fraktion-brandenburg.de

AfD-Fraktion Hamburg
Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
Tel: (040) 428 312 518
info@afd-fraktion.hamburg.de

AfD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Lennestraße 1, 19053 Schwerin
Tel: (0385) 525 17 00
kontakt@afd-fraktion-mv.de

AfD-Fraktion Niedersachsen
Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover
Tel: (0511) 303 035 02
info@afd-fraktion-nds.de

AfD-Fraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: (0211) 884 45 38
afd-fraktion@landtag.nrw.de

AfD-Fraktion Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Str. 3, 55116 Mainz
Tel: (06131) 208 37 52
info@afd.landtag.rlp.de

AfD-Fraktion Saarland
Franz-Josef-Röder-Straße 7
66119 Saarbrücken
Tel: (0681) 500 24 00
kontakt@afd-fraktion.saarland

AfD-Fraktion Sachsen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel: (0351) 493 42 22
info@afd-fraktion-sachsen.de

AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Tel: (0391) 560 60 01
info@afdfraktion-lsa.de

AfD-Fraktion Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Tel: (0431) 988 16 60
fraktion@afd.ltsh.de

AfD-Fraktion Thüringen
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Tel: (0361) 377 24 69
info@afd-thl.de

Adressen der AfD-Landesverbände

AfD Baden-Württemberg

Postfach 70 05 46, 70574 Stuttgart
Tel: (0711) 72 60 54-0
geschaeftsstelle@afd-bw.de

AfD Bayern

Postfach 1223, 82019 Taufkirchen
Tel: (089) 306 475 68
geschaeftsstelle@afdbayern.de

AfD Berlin

Kurfürstenstraße 79, 10785 Berlin
Tel: (030) 220 569 622
lgs@afd.berlin.de

AfD Brandenburg

Schopenhauerstr. 27, 14467 Potsdam
kontakt@afd-brandenburg.de

AfD Bremen

Aumunder Heerweg 55, 28757 Bremen
Tel: (0176) 236 615 28
kontakt@afd-lv-bremen.de

AfD Hamburg

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
Tel: (0151) 562 181 68
info@afd-hamburg.de

AfD Hessen

Wasserweg 4, 60594 Frankfurt/M.
Tel: (069) 872 092 22
info@afd-hessen.de

AfD Mecklenburg-Vorpommern

Woldegker Straße 27
17033 Neubrandenburg
Tel: (0395) 369 673 12
info@afd-mv.de

AfD Niedersachsen

Am Brabrinke 14, 30519 Hannover
Tel: (04131) 603 01 90
niedersachsen@afd-nds.de

AfD Nordrhein-Westfalen

Münsterstr. 306, 40470 Düsseldorf
Tel: (0211) 545 589 50
geschaeftsstelle@afd.nrw

AfD Rheinland-Pfalz

Schusterstr. 22, 55116 Mainz
Tel: (06131) 486 38 10
info@alternative-rlp.de

AfD Saarland

In der Galgendell 53, 66117 Saarbrücken
info@afdsaarland.de

AfD Sachsen

Ostraallee 35, 01067 Dresden
Tel: (0351) 656 764 33
kontaktformular@afdsachsen.de

AfD Sachsen-Anhalt

Schönebecker Str. 11-13
39104 Magdeburg
Tel: (0391) 405 969 72
geschaeftsstelle@afd-lsa.de

AfD Schleswig-Holstein

Walkerdamm 1, 24103 Kiel
Tel: (0431) 385 500 10
geschaeftsstelle@afd-schleswig-holstein.de

AfD Thüringen

Alte Chaussee 87 (Haus 12)
99097 Erfurt
Tel: (0361) 341 968 65
www.afd-thueringen.de

REDAKTION UND KONTAKT

Alternative für Deutschland/
Bundesgeschäftsstelle
Schillstraße 9, 10785 Berlin
Tel: +49 (30) 2 20 56 96 - 0
Fax: +49 (30) 2 20 56 96 - 29
E-Mail: kontakt@afd.de

Mitgliederverwaltung:

Tel: +49 (30) 2 20 56 96 - 77
Fax: +49 (30) 2 20 56 96 - 78
E-Mail: mitglieder@afd.de

Internet:

www.afdkompakt.de
www.afd.de

Facebook:

www.facebook.com/alternatiefuerde
www.facebook.com/afdkompakt

Twitter:

www.twitter.com/afd
www.twitter.com/afdkompakt

Youtube:

www.afdkompakt.tv

Instagram:

www.instagram.com/afd.bund

Zu den Internetauftritten unserer Landesverbände gelangen Sie über
www.afd.de/partei/landesverbaende

Impressum

„AfD Kompakt“ ist das Mitgliedermagazin der Alternative für Deutschland

V.i.S.d.P.: Alternative für Deutschland (AfD) vertreten durch den Bundesvorstand, dieser vertreten durch die Bundessprecher: Prof. Dr. Jörg Meuthen und Dr. Alexander Gauland

Redaktion: Martin Rola
Tel: +49 (30) 2 20 56 96 - 61
redaktion@afd-kompakt.de

Bildnachweis

AfD: S. 1, 3, 5, 6, 8, 9, 10, 12, 24, 31, 32, 36, 38, 39, 48; AfD/Pixabay: S. 1, 13, 20-23, 25-29, 32-37, 39-45; Pixabay: S. 1, 2, 29, 34, 41, 46; AfD/Shutterstock: S. 1; Shutterstock: S. 18; nFree: S. 6, 7

Ja, ich habe Interesse an der AfD!

- Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu
 Bitte senden Sie mir das AfD-Programm zu

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

K-2-18

Bitte
ausreichend
frankieren

**Alternative für
Deutschland**
Bundesgeschäftsstelle
Schillstraße 9
10785 Berlin

Parteilos, jetzt AfD.

Johanna
Bringezu

*„Ich bin dabei,
weil ich nichts verschleiert
haben möchte.“*

jetztAfD.de

Alternative
für
Deutschland

V.i.S.D.P. - Alternative für Deutschland (AfD), von: Dr. Franko-Peter Hoff, Dr. Jörg Meuthen, Schützenstr. 10782 Berlin

IHRE SPENDE HILFT

Dank Spenden sind wir besser in der Lage, die Positionen der AfD möglichst vielen Bürgern näherzubringen und den großen Herausforderungen einer bundesweit aktiven Volkspartei gerecht zu werden. Mit Ihrer finanziellen Zuwendung können auch Sie uns dabei helfen, z.B. durch Ihre Überweisung auf das Konto **DE94 1009 0000 2661 2620 20**. Bitte geben Sie im Betreff „Spende 2018“ sowie Ihre „Mitgliedsnummer“ bzw. vollständige Adresse zwecks eindeutiger Zuordnung an. Herzlichen Dank!

**Wir wollen
Deutschland
reformieren:
bürgernah, mutig,
konsequent!**

Mitmachen.
Mitentscheiden.
Mitglied werden.
www.afd.de/mitmachen

*Wir freuen uns über Ihr
Interesse, mit uns
Politik neu zu gestalten.*